

Stimme der Familie



BUNDESTAGSWAHL
~~2021~~

Informationen — Positionen — Perspektiven

DIE VERMESSUNG DER FAMILIENPOLITISCHEN WELT

Die familienpolitischen Positionen der Parteien und
des Familienbundes der Katholiken im Vergleich

- Seite 2** — Editorial
Sascha Nicolai
- Seite 3** — „Ziel ist eine sorgende Gesellschaft,
in der Familien einen wichtigen Platz
einnehmen“
Ulrich Hoffmann
- Seite 9** — Die Familie ist der Ausgangspunkt
menschlicher Gemeinschaft und
unserer Gesellschaft
Armin Laschet
- Seite 10** — Familienpolitik betrifft alle
Olaf Scholz
- Seite 11** — Familie ist Freiheit
Dr. Volker Wissing
- Seite 12** — Alle brauchen ein sicheres zu Hause.
Nach der Pandemie geht es darum
Familien wirklich zu entlasten
Janine Wissler
- Seite 13** — Familien leisten Enormes, oft unter
schwierigsten Bedingungen
Annalena Baerbock
- Seite 14** — Förderung von Ehe und Familie
- Seite 16** — Steuern und Transfers für Familien
- Seite 18** — Erziehung, Bildung und Betreuung
- Seite 20** — Soziale Sicherung
- Seite 22** — Zeitpolitik für Familien
- Seite 24** — Bewältigung der Corona-Pandemie
- Seite 26** — Nachrichten aus Politik, Gesellschaft,
Kirche und Kultur
- Seite 28** — Schlusspunkt

Wir bitten um Verständnis, dass aufgrund der Wahlberichterstattung die Informationen aus den Diözesan-, Landes- und Mitgliedsverbänden in dieser Ausgabe der Stimme der Familie entfallen. Die Positionen haben die jeweiligen Parteizentralen der Redaktion zur Verfügung gestellt.

KOMMENTAR | DIE FAMILIENPOLITIK MUSS SICH VON IHREM MEHLTAU BEFREIEN

Die Bedeutung von Familie für den Wahlkampf von Parteien ist kaum zu überschätzen. Das dürfte in den nächsten Wochen auf unzähligen Wahlplakaten, in Fernsehspots und Zeitungsanzeigen zu besichtigen sein. Ohne das Label „Familie“ scheinen Parteien kaum wahlkampffähig zu sein. Die Botschaften, die das werbliche Wohlfühlthema transportiert, sind vielfältig: Wärme, Menschlichkeit, Geborgenheit, Bildung, Zukunftssicherung, sozialer Anspruch, Generationengerechtigkeit, Schutz, Liebe, um nur einige zu nennen. Kein Wunder, dass der habituelle Wettlauf um das familienfreundlichste Parteienprofil einmal mehr eröffnet ist. Die Versprechen der Parteien reichen von „kinderleicht“ bis „Respekt“. Gemessen am Reklamefeuerwerk fallen die Ergebnisse der familienpolitischen Gesetzesnovellen im Parlament dann nicht selten erstaunlich halbherzig aus (so das Brückenteilzeitgesetz, die Elterngeld-Reform, das Kurzarbeitergeld, die Unterstützung von Familienerholungs- und -bildungsstätten, eine familienzugewandte Corona-Politik). Das Konrad Adenauer zugeschriebene, recht nonchalante Verdikt „Familien wird es immer geben“ scheint seit Jahren wie Mehltau auf der Familienpolitik zu liegen. Sie davon zu befreien, muss Priorität einer jeden künftigen Familienpolitik sein.

Statt vollmundiger politischer Werbefeldzüge verdienen Familien eine engagierte Politik, die sich nicht im kosmetischen Kleinklein verliert. Sie brauchen und erwarten große familienpolitische Würfe. Nicht nur einen! Das gilt umso mehr nach der langen ersten und für alle Familien kräftezehrenden Etappe der Pandemiebekämpfung, der bis heute Augenmaß und Lösungsstrategien für die Anliegen von Familien fehlt. Zu lang ist die familienpolitische Agenda und zu wichtig ihre Themen: die wirkungsvolle Bekämpfung von Kinderarmut, das ungelöste Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen einer familienfreundlichen Zeitpolitik, die nennenswerte Entlastung von Familien in der Sozialversicherung, die Zukunft des Rentensystems, zu dem Familien einen unverzichtbaren Beitrag leisten, oder auch die Pflege von Angehörigen durch Eltern. Kurz: Das Leben von Familien muss im Politikbetrieb endlich den Stellenwert bekommen, das ihm nach dem Grundgesetz zukommt. Voraussetzung dafür ist ein klares, verfassungsgemäßes Bekenntnis für Familien und eine Politik, die dieses Bekenntnis lebt – Tag für Tag. Darüber hinwegtäuschen kann auch die beste Reklame nicht. | ULRICH HOFFMANN

Familienpolitik hat viele Gesichter. Es dürfte kaum ein facettenreicheres Politikfeld geben, das mehr geprägt ist durch gesellschaftliche Kulturkämpfe, gespeist aus differierenden Wertvorstellungen und Überzeugungen, im ewigen Spannungsfeld von Tradition und Moderne, von Zweckrationalität und Altruismus, von Freiheit und wohlfahrtsstaatlicher Fürsorge. Was in einer Demokratie naturgemäß für jede Politik gilt, gilt für Familienpolitik vielleicht deshalb umso mehr: Familienpolitik steht immer im Plural, um dem Leben aller Familien gerecht werden zu können. Nur wenige Politikfelder dürften die höchstpersönliche, familiäre Lebensform von Menschen mehr berühren, insbesondere wenn es um die Ressource Lebenszeit geht. Denn die zur Verfügung stehende Zeit entscheidet, wie sich Eltern ihren Kindern zuwenden, wie menschlich sie ihr Familienleben gestalten und wie gestärkt Kinder aufwachsen können. Entscheidend dafür ist gerade die oft spannungsreiche Schnittstelle von Familien- und Erwerbsarbeit in Verbindung mit Kita und Schule.

Dabei ist Familienpolitik weitaus mehr als allein der Konstrukteur des Rahmens für das Leben von Familien. Familienpolitik greift weit aus über ihre Grenzen hinweg in andere Politikfelder, so auch in die Verästelungen des Sozialversicherungssystems. Dort stellen sich die Fragen nach dem sozialen und „generativen“ Beitrag von Eltern für die Gesellschaft und der leistungsgerechten Honorierung durch die Solidargemeinschaft. Sie greift aus in die Rentenpolitik, deren Umlagefinanzierung ohne

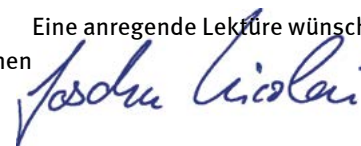
den gesellschaftlichen Beitrag von Familien nicht zu denken ist. Familienpolitik wird heute auch eng mit Gleichstellungspolitik verknüpft. Zu Recht: Es sind vor allem Schwangere und Mütter, die leider oft beruflich benachteiligt sind: finanziell, in ihrer beruflichen Entwicklung, mitunter auch zu Hause, wenn Arbeitgeber und Politiker Vätern zu wenig Spielräume für ihre gewünschte familiäre Zuwendung ermöglichen.

Was Familien dringend brauchen, ist eine zukunftsweisende Arbeits- und Zeitpolitik für eine grundlegende Revision des Familienlebens an der Schnittstelle von Familien- und Erwerbsarbeit, zeit- und beziehungsorientiert. Eltern müssen die Souveränität über ihre Zeit in ihrer gesamten Erwerbsbiografie zurückbekommen. Nur so können sie ihrer Schlüsselrolle in einer sorgenden Gesellschaft gerecht werden, ohne stets an der Belastungsgrenze arbeiten zu müssen. Angemessene Formen für Erziehungsarbeit und – oft auch parallel – Pflegearbeit für die in die Jahre gekommenen eigenen Eltern sind grundlegend für eine Gesellschaft mit menschlichem Antlitz.

Wenn am 26. September 2021 der 20. Deutsche Bundestag gewählt wird, entscheidet jede Stimme auch über die künftige Gestaltung des weiten Feldes der Familienpolitik. Eine verantwortungsbewusste Wahlentscheidung setzt zuverlässige Information und politische Orientierung in den verschiedenen familienpolitischen Konzepten der Parteien voraus, die die vorliegende Ausgabe der „Stimme der Familie“ einzulösen versucht. Der Familienbund der Katholiken hat deshalb die im Deutschen Bundes-

tag vertretenen demokratischen Parteien um ihre familienpolitischen Positionen gebeten. Den Aufschlag dazu machen die Spitzenkandidaten in einem kurzen Grundsatzbeitrag zu ihren familienpolitischen Vorstellungen. Darüber hinaus hat der Familienbund den Parteien sechs Fragen zu den Kernfeldern der Familienpolitik vorgelegt: der Förderung von Ehe und Familie, den Steuern und sozialen Transfers für Familien, der Erziehung, Bildung und Betreuung, der sozialen Sicherung, einer zeit- und beziehungsorientierten Familienpolitik sowie der politischen Fürsorge für Familien in Zeiten der Pandemie. Die Antworten der Parteien haben wir pro Frage jeweils auf einer Doppelseite zusammengefasst. Die Position des Familienbundes ist den Statements als Kurzfassung vorangestellt. Die Ausgabe der „Stimme der Familie“ macht auf mit dem familienpolitischen Grundsatzbeitrag des Familienbund-Präsidenten Ulrich Hoffmann, der das aktuelle Programm des Familienbundes für eine ambitionierte, verantwortungsbewusste und zukunftsweisende Familienpolitik vorstellt. Der Familienbund der Katholiken hofft, dass sich aus all diesen gedanklichen Mosaiksteinen ein gleichermaßen farbenfrohes und erkenntnisreiches Panorama der aktuellen familienpolitischen Landschaft zusammensetzen vermag. Gesucht wird nicht weniger als das schlüssigste und engagierteste familienpolitische Konzept!

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen



IMPRESSUM

Herausgeber und Verleger:

Bundesgeschäftsführung des Familienbundes der Katholiken (FDK)
Littenstr. 108, D-10179 Berlin

Tel: 030/326756-0; Fax: -20
E-Mail: info@familienbund.org
Internet: www.familienbund.org

Redaktion:

Sascha Nicolai (verantwortlich), designhaus berlin (Satz, Layout),
Matthias Dantlgraber, Corinna Mütze

Gestaltungskonzept:

Bruno Dorn, Berlin

Druck und Versand:

Druck-Center Meckenheim, Werner-von-Siemens-Str. 13
53340 Meckenheim

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder. Erscheint sechsmal im Jahr.
Bezug durch Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Die Mitgliedsverwaltung obliegt den jeweiligen FDK-Diözesanverbänden; Adressänderungen bitte nur schriftlich oder per E-Mail an den Diözesanverband oder an o.g. Adresse.

Anzeigenpreise und Einzelpreis: lt. Preisliste (auf Anfrage)

gefördert von:



Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

ABONNEMENT | FÖRDERMITGLIEDSCHAFT

Die „Stimme der Familie“ ist eine familienpolitische Fachzeitschrift mit Beiträgen aus Politik, Praxis und Wissenschaft. Sie erscheint sechsmal im Jahr und wendet sich an alle, die sich für Familienpolitik und die Arbeit des Familienbundes der Katholiken interessieren.

Probeabo bestellen und zwei Ausgaben kostenlos erhalten:

Nach der Bestellung des Probeabos erhalten Sie die ersten beiden Ausgaben der „Stimme der Familie“ kostenlos, inkl. postalischer Zustellung.

Ohne Ihren schriftlichen Widerruf zwei Wochen nach Erhalt der zweiten Ausgabe lesen Sie die folgenden sechs Ausgaben im Jahresabonnement zum Preis von insgesamt nur 12 Euro pro Jahr, kündbar bis vier Wochen vor Beginn des neuen Abozeitraums.

Fördermitgliedschaft:

Werden Sie Fördermitglied des Familienbundes der Katholiken, Abonnement der „Stimme der Familie“ inklusive (Mindestbeitrag pro Jahr für Einzelpersonen/Familien 50,00 Euro, für Unternehmen/Institutionen 200,00 Euro)

Bestellung von Abo und Fördermitgliedschaft per Post, Telefon, Fax oder E-Mail:

Familienbund der Katholiken, Redaktion „Stimme der Familie“

Littenstr. 108; D-10179 Berlin
Telefon: 030/326756 0, Fax: 030 326 756 20
E-Mail: stimme@familienbund.org

„Ziel ist eine sorgende Gesellschaft, in der Familien einen wichtigen Platz einnehmen“

Ulrich Hoffmann, Berlin

Eines steht fest: Die Familienpolitik muss sich grundlegend ändern. Sie muss deutlich mehr sein als ein sozialpolitisches Feigenblatt. Denn: Die Gesellschaft lebt von den Vorleistungen der Familien. Statt eines weiteren Zauderns und Zögerns muss die künftige Bundesregierung die mit Familien verbundenen sozialpolitischen Aufgaben entschieden angehen. Dazu gehört neben den klassischen Feldern der Familienpolitik wie der finanziellen Förderung von allen Familienformen auch die Einführung einer familienfreundlichen Zeitpolitik, um Sorge-, Pflege- und Erziehungsarbeit in Familien – auch mit Blick auf pflegebedürftige ältere Angehörige – menschenwürdig in Einklang mit der Erwerbsarbeit zu bringen. Höchste Priorität hat auch die Frage nach einer gerechten Behandlung von Eltern im Sozialversicherungssystem. Die finanzielle Entlastung in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung von Eltern, die einen aktiven und wertvollen sozialen Beitrag für die Gesellschaft leisten, sollte zu einem selbstverständlichen Akt der gesellschaftlichen Solidarität werden. Auch die zu Ende gehende Legislaturperiode hat die dringend nötige Rentenreform erneut verschoben. Umso wichtiger ist es, dass die nächste Bundesregierung in einem großen rentenpolitischen Wurf die Alterssicherung von Millionen Menschen zukunftsicher und sozial gerecht gestaltet. Eltern leisten zu einem umlagefinanzierten Rentensystem einen entscheidenden Beitrag. Und allen gesellschaftlichen Anfechtungen zum Trotz muss das Ehegattensplitting erhalten bleiben. Es garantiert – verfassungsrechtlich verankert – nicht weniger, als das alle Familienformen ihr Leben nach ihren eigenen Vorstellungen leben können, jenseits dessen, was familienpolitisch gerade als herrschende politische Norm ausgegeben und gefördert wird. Die Freiheit eines gesellschaftlichen Pluralismus sollte uns als hohes demokratisches Gut auch in den Familien einigewert sein! All das zeigt: Die Aufgabenfelder einer familiengerechten Politik sind weit. Nachfolgend werden sie aus Sicht des Familienbundes der Katholiken anhand von sechs Kernthemen abgesprochen – aus sozialer und christlicher Verantwortung gegenüber jenen, die Enormes für unsere Gesellschaft leisten!

1. FAMILIE UND EHE

Familienpolitik muss alle Familien im Blick haben und alle Familien fördern. Denn Familien erbringen unverzichtbare Leistungen für die Gesellschaft. Die aktuelle Corona-Pandemie führt uns das erneut vor Augen. Durch die Erziehung von Kindern, die Pflege der älteren Generation und selbstverständlich gelebte, wechselseitige Solidarität stärken Familien den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Familie ist überall da, wo Menschen generationenübergreifend eine auf Dauer angelegte Verantwortungsbeziehung eingehen und füreinander sorgen. Während die Vielfalt der Familien in den vergangenen Jahrzehnten größer geworden ist, wachsen immer noch rund 70 Prozent der Kinder

bei ihren verheirateten Eltern auf. Die Vielfalt der Familien hat viel mit der Freiheit der Familien zu tun. Statt starrer Leitbilder sollte eine moderne Familienpolitik den Familien viele Optionen bieten und die Rahmenbedingungen so gestalten, dass jede Familie – unabhängig von ihrer jeweiligen Ausprägung – bestmöglich gelingen kann.

Familien sollten das Familienmodell leben können, das für sie am besten passt und ihren individuellen Wünschen entspricht. Es ist eine persönliche Entscheidung, welches Familienmodell die Interessen der einzelnen Familienmitglieder am besten in den Ausgleich bringt. Nur die Familien selbst können abwägen, welches Modell ihnen finanzielle Sicherheit und ausreichend gemeinsame Zeit ermöglicht und sowohl die Stabilität der Familie als auch das Wohlergehen der einzelnen Familienmitglieder fördert. Daher benötigen Familien echte Wahlfreiheit. Dass Wahlfreiheit nicht immer und überall Realität ist, spricht nicht gegen Wahlfreiheit als Postulat, sondern vielmehr dafür, diese zu fördern und familienformneutrale Familienpolitik zu betreiben. Bestehende Freiheiten der Familien sind zu erweitern, nicht einzuschränken.

Dort, wo es gewichtige Unterschiede gibt, darf und muss Familienpolitik differenzieren. Steuern und Abgaben sowie familienpolitische Leistungen müssen die von der Kinderzahl abhängigen, unterschiedlichen Belastungen und Leistungen der Familien berücksichtigen. Eine familienformneutrale und zugleich sachgerecht differenzierende Familienpolitik fordert eine angemessene, stufenweise Berücksichtigung der mit jedem weiteren Kind steigenden Belastung.

Eine stufenweise Differenzierung nach der Kinderzahl bedeutet, dass Familien auch im Vergleich zu Personen ohne Kinder angemessen entlastet werden müssen. Das ist keine „Bestrafung von Kinderlosen“, sondern schlicht eine Berücksichtigung der unterschiedlichen ökonomischen Lage. Im Steuerrecht ist das bereits der Fall: Hier haben Familien für jedes Kind einen Kinderfreibetrag, der die reduzierte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Familien berücksichtigt. Anders ist es bei den Sozialabgaben, die immer noch undifferenziert und familienblind erhoben werden, obwohl die umlagefinanzierten Systeme der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung auf den Erziehungsleistungen der Familien basieren. Auch in der Sozialversicherung ist ein Kinderfreibetrag erforderlich.

Der Familienbund tritt für den „besonderen Schutz“ der Ehe ein, wie er auch im Grundgesetz geregelt ist. Die Ehe bietet „Paaren optimalen und gerechten Schutz, basierend auf Regeln, die der Gesetzgeber in jahrelanger Erfahrung für Paarbeziehungen geschaffen hat“ (Dutta 2017). In den letzten Jahrzehnten hat der Gesetzgeber immer wieder um den fairen Interessenausgleich zwischen den Ehepartnern gerungen und das Eherecht fortlaufend reformiert. Trotz einzelner umstrittener Reformen (Unterhaltsrecht 2008) können sich Familien grundsätzlich darauf verlassen, dass

die Ehe für alle Beteiligten fair ist und den Kindern ein gutes und sicheres Aufwachsen ermöglicht. Der „besondere Schutz“ der Ehe bedeutet für den Familienbund insbesondere, dass der Staat die Ehe nicht gegenüber unverbindlicheren Formen des Zusammenlebens schlechter stellen darf – etwa indem er diesen die Rechte der Ehe ohne deren Pflichten einräumt. Der Staat sollte den gesellschaftlichen Trend zu mehr Unverbindlichkeit nicht verstärken. Das Kindeswohl fordert nicht weniger, sondern mehr Verbindlichkeit.

Das Ehegattensplitting hält der Familienbund für die sachgerechte Besteuerung der Ehe. Daher muss es bewahrt werden. Es stellt sicher, dass alle Ehen bei gleichem Gesamteinkommen und gleicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit gleich besteuert werden. Wer das Ehegattensplitting abschafft, beseitigt nicht etwa eine Bevorzugung des Alleinverdienermodells, sondern führt eine steuerliche Bevorzugung des Doppelverdienermodells ein. Das ist mit dem Gedanken der Wahlfreiheit unvereinbar. Zudem steht das Ehegattensplitting im Einklang mit der rechtlichen Ausgestaltung der Ehe als Wirtschaftsgemeinschaft, die auch bei den Unterhaltspflichten, dem Zugewinnausgleich und dem Versorgungsausgleich bei der Alterssicherung sichtbar wird.

2. STEUERN UND TRANSFERS FÜR FAMILIEN

Familien verdienen finanzielle Unterstützung als Ausgleich für ihre wichtigen Leistungen für die Gesellschaft. Das setzt zunächst ein familiengerechtes Steuersystem voraus. Denn der Effekt familienpolitischer Leistungen verpufft, wenn Familien diese durch eine unangemessene Steuerbelastung im Ergebnis weitgehend selbst finanzieren.

Zentral ist der den Familien verfassungsrechtlich garantierte Kinderfreibetrag. Er ist keine Maßnahme der Familienförderung, sondern dient einer gerechten, an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit orientierten Besteuerung. Durch ihn werden existenznotwendige (die Leistungsfähigkeit reduzierende) Aufwendungen für Kinder von der steuerlichen Bemessungsgrundlage abgezogen. Der Familienbund kritisiert die aktuelle Berechnung des Kinderexistenzminimums als zu niedrig und fordert eine Neuberechnung, die das soziokulturelle Existenzminimum von Kindern realitätsgerecht abbildet. Bis eine Neuberechnung vorliegt, sollte der Kinderfreibetrag auf die Höhe des Erwachsenenfreibetrages angehoben werden.

Zur gerechten Besteuerung von Familien gehört auch die endgültige Beseitigung der kalten Progression durch einen „Tarif auf Rädern“, d.h. eine automatische Anpassung des Steuertarifs entsprechend der Inflationsentwicklung. Der Steuertarif muss regelmäßig angepasst werden, weil ansonsten auch Lohnerhöhungen, die nur die Inflation ausgleichen und zu keiner Steigerung der Kaufkraft führen, zu einer höheren Besteuerung führen. Die in den vergangenen Jahren erfolgten Tarifierpassungen im Einzelfall haben das Problem nicht dauerhaft beseitigt. Damit die Tarifierpassung nicht ausgerechnet dann unterbleibt, wenn sie aufgrund einer höheren Inflation besonders wichtig wäre, bedarf es einer automatischen Tarifierpassung. Die kalte Progression trifft alle Steuerzahler, aber aufgrund des nichtlinearen und im

unteren Einkommensbereich steiler ansteigenden Steuertarifs insbesondere solche mit kleinen und mittleren Einkommen, zu dem auch viele Familien gehören.

Aus Familiensicht ist zudem die Umsatzsteuer kritisch zu sehen. Diese hat – im Gegensatz zum progressiven Einkommenssteuertarif – eine degressive Wirkung: Sie belastet Personen mit kleinen Einkommen und Familien prozentual besonders stark, weil diese einen großen Teil ihres Einkommens für umsatzsteuerpflichtige Produkte ausgeben. Neue Familienleistungen dürfen daher nicht durch eine Anhebung der Umsatzsteuer refinanziert werden, um eine Selbstfinanzierung durch die Familien und einen Transferkreislauf zu vermeiden. Zur Verminderung der hohen Belastung von Familien durch die Umsatzsteuer sollten Produkte und Dienstleistungen für Kinder mit einem reduzierten Umsatzsteuersatz von sieben Prozent besteuert werden.

Zur finanziellen Unterstützung von Familien und zur Bekämpfung von Familien- und Kinderarmut fordert der Familienbund eine Weiterentwicklung des Kindergeldes. Dieses sollte mit dem Kinderzuschlag zusammengeführt werden. Das neue Kindergeld sollte in Höhe von 424 Euro pro Monat gezahlt und regelmäßig so angehoben werden, dass es das sächliche Existenzminimum der Kinder dauerhaft abdeckt. Eltern im unteren Einkommensbereich würden den vollen Betrag erhalten, während dieser mit steigendem Einkommen der Eltern moderat abgeschmolzen würde. Der steuerliche Kinderfreibetrag sollte – anders als derzeit – nicht mit dem Kindergeld verrechnet, sondern zusätzlich berücksichtigt werden. Eltern, die nicht den vollen Kindergeldbetrag erhalten würden, könnten daher mehr vom selbst verdienten Einkommen behalten. Das würde deren Selbstwirksamkeit und berufliche Motivation stärken. Im Ergebnis würden Familien im unteren und mittleren Einkommensbereich deutlich stärker gefördert als bisher, während besser verdienende Familien (wie heute) mindestens den Kinderfreibetrag erhalten würden.

Die vom Familienbund vorgeschlagene Systemumstellung würde zu einem großen Transparenzgewinn führen: Familienbesteuerung und Familienförderung würden klar getrennt. Der für Familien schwer verständliche Kinderzuschlag würde im neuen Kindergeld aufgehen. Dass ersichtlich wäre, wie hoch die Familienförderung in den jeweiligen Einkommensbereichen tatsächlich ist, würde die Verständlichkeit der Familienpolitik erhöhen und die politische Diskussion erleichtern. Zudem wäre Schluss mit der gegenwärtigen Praxis, dass vielen Eltern über das Kindergeld scheinbar als Familienförderung ausgezahlt wird, was ihnen bereits nach den Grundsätzen einer verfassungskonformen Besteuerung als selbst verdienten Einkommen legitim zusteht.

Bei Alleinerziehenden, die keinen Unterhalt vom anderen Elternteil, sondern Unterhaltsvorschuss vom Staat erhalten, sollte das Kindergeld nur noch hälftig auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden. Dadurch würden der Unterhalt und der an seine Stelle tretende Unterhaltsvorschuss gleichbehandelt, was systematisch überzeugend wäre. Zudem würden Alleinerziehende, die es mangels Unterhalts vom Ex-Partner besonders schwer haben, jeden Monat mit einem Betrag in Höhe des halben Kindergeldes deutlich stärker gefördert.

3. ERZIEHUNG, BILDUNG UND BETREUUNG

Der Familienbund der Katholiken fordert die Einbettung der geplanten Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern in ein hochwertiges Bildungskonzept. Der Bekämpfung der Corona-Pandemie sind unzählige Schulstunden zum Opfer gefallen. Alle Schulkinder liegen heute weit hinter dem Bildungsplan zurück. Nach dem pandemiebedingtem Bildungskahlschlag muss Ganztagsbetreuung deshalb mit hohem Bildungsanspruch für Grundschul Kinder umgesetzt werden. Betreuung allein ist nicht genug – weder für Eltern noch für Grundschul Kinder. Dafür muss die Politik rasch eine Strategie für ein umfassendes Konzept vorlegen. Sie muss auch schlüssig Antwort darauf geben, wie dafür qualifiziertes Personal gewonnen werden kann. Der von der Bundesregierung beschlossene Rechtsanspruch für die Betreuung von Grundschulkindern kann nur das Fundament sein. Die Errichtung des Hauses nach zukunftsweisenden bildungspolitischen Maßstäben darf jetzt nicht auf sich warten lassen.

Gut ausgebaute Schulen mit qualitativ hochwertiger Bildung sind unverzichtbar – für Kinder, für Eltern sowie den Wirtschafts- und Wissensstandort Deutschland. Wer hierzulande zu Recht die Kitas zu Institutionen frühkindlicher Bildung ausbaut, muss auch die sich anschließende Betreuung in den Grundschulen mit einem umfassenden Bildungsanspruch hinterlegen. Das sind wir auch unseren Kindern schuldig, die in der Corona-Pandemie auf vieles verzichten mussten.

Der Familienbund begrüßt grundsätzlich, dass der geplante Betreuungsanspruch für Grundschul Kinder Eltern im Rahmen ihrer Wahlfreiheit die Möglichkeit bietet, ihre Lebensplanung mehr nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Der Betreuungsanspruch muss allerdings durch zeitpolitische Maßnahmen ergänzt werden, damit Eltern und Kinder auch mehr gemeinsame Zeit miteinander haben können. Dazu gehören weitergehende Rechte wie befristete Arbeitsreduzierung mit Lohnausgleich. Wichtig ist aber auch: Allein dadurch, dass Kinder längere Zeit in Betreuungsinstitutionen verbringen, wird die Bildung nicht besser. Für einen zeitgemäßen Betreuungsanspruch in der Schule muss pädagogische Qualität Priorität haben und nicht nur Quantität. Notwendig sind weitaus höhere Investitionen in schulische Bildung, gerade auch für anspruchsvolle und fördernde Betreuungszeiten. Diese Investitionen müssen langfristig und dauerhaft angelegt werden, wenn sie dem nur langsam wachsenden Charakter von Bildung perspektivisch gerecht werden sollen. Kurzfristige Auf- und Nachholprogramme für Schulkinder entsprechen nicht dem notwendig kontinuierlichen Charakter schulischer Bildung. Erreicht werden muss Bildungskonstanz auf hohem Niveau, nicht der verrauchende Kurzzeitturbo für schulische Bildung.

Der Familienbund der Katholiken begrüßt die Mitte Juni vom Deutschen Bundestag beschlossenen zusätzlichen Milliarden-Investitionen für die Betreuung von Grundschulkindern. Die Finanzmittel müssen aber an verbindlichen Qualitätskriterien orientiert eingesetzt werden. Qualifiziertes Personal ist hierbei ebenso wichtig wie ein altersgerechter Betreuungsschlüssel, wenn die Investitionen einen spürbaren bildungspolitischen und pädagogischen Mehrwert haben sollen. Eine mit politischer Anspruchslosigkeit ins Werk ge-

setzte Betreuung hilft weder den Grundschulkindern noch deren Eltern. Und der Gesellschaft ebenso wenig. Angesichts des eklatanten Mangels an Erziehern ist der von der Bundesregierung ab 2026 geplante Rechtsanspruch für Grundschul Kinder jedoch nur realisierbar, wenn die oft angekündigte Fachkräfteoffensive endlich gestartet wird.

Statt die Lebensform Familie nach den ökonomischen Verwertungsinteressen der Wirtschaft weiter zuzuschneiden, müssen es die Familien sein, die souverän über ihr Leben und ihre Zeit entscheiden.

Unabhängig vom Ziel eines Rechtsanspruchs ist die Betreuungssituation an Grundschulen dringend ausbaubedürftig. Zahlreiche unbesetzte Stellen, berufliche Überlastungen von Erziehern und hohe Krankenstände des Betreuungspersonals machen Betreuung außerhalb des Unterrichts für Kinder heute vielerorts zum traurigen Glücksspiel. Nötig ist aber überall eine verlässliche Qualitätsbetreuung. Eltern, die ihre Kinder nach Unterrichtschluss im Hort betreuen lassen wollen, müssen diese Option auch haben. Gebrauch werden Eltern aber nur dann davon machen, wenn sie ihre Kinder in guten Händen wissen.

Das politisch ausgelobte Ziel eines Rechtsanspruchs auf Betreuung für Grundschul Kinder darf aber nicht die einzige politische Antwort auf die drängende Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sein. Der Ausbau staatlicher Betreuungsinstitutionen als Lösungslieferant ist eindimensional und unterkomplex, weil es den Bedürfnissen von Familien nach mehr Zeit für- und miteinander keinerlei Rechnung trägt. Nötig sind flexible und lebensphasenbezogene Arbeitszeitreduzierungen für erwerbstätige Eltern. Statt die Lebensform Familie nach den ökonomischen Verwertungsinteressen der Wirtschaft weiter zuzuschneiden, müssen es die Familien sein, die souverän über ihr Leben und ihre Zeit entscheiden. Dafür muss die Politik endlich zukunftsweisende Konzepte für eine familien- und lebensgerechte Zeitpolitik aufgreifen, die wissenschaftlich seit langem entwickelt und diskutiert werden, zum Beispiel ‚Atmende Lebensläufe‘, die Optionszeiten über die gesamte Erwerbsbiografie von Menschen für Erziehungs- und Pflegeaufgaben vorsehen. Die Wirtschaft ist nachdrücklich aufgerufen, einen nennenswerten Beitrag zu einer familiengerechten Zeitpolitik zu leisten. Unternehmen sitzen schließlich mit im Boot. Es sind aber heute die Eltern, die rudern!

Ein Rechtsanspruch auf Betreuung von Grundschulkindern, der nicht in einen zeitpolitischen Rahmen eingebettet ist, unterläuft die Autonomie von Familie, indem er deren Wahlfreiheit durch die politische Schaffung gesellschaftlicher Konventionen einschränkt. Die Betreuung in

Grundschulen darf nicht zu einer gesellschaftlichen Norm werden, die für Eltern wie Kinder alternativlos ist. Der Freiheitsgedanke von Familie zeigt sich in der elterlichen Souveränität, die eigene Lebensform von Familie selbst wählen und leben zu können.

Die Wirtschaft ist nachdrücklich aufgerufen, einen nennenswerten Beitrag zu einer familien-gerechten Zeitpolitik zu leisten. Unternehmen sitzen schließlich mit im Boot. Es sind aber heute die Eltern, die rudern!

4. SOZIALE SICHERUNG

In der Sozialversicherung ist die Frage der Familiengerechtigkeit ungelöst und dringend. Die Leistungen der Familien müssen endlich anerkannt und gerecht bewertet werden. Denn sie spielen in der umlagefinanzierten Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung eine entscheidende Rolle. Ohne die nächste Generation können die Sozialsysteme nicht fortbestehen. Die Kindererziehung ist für deren Funktionsfähigkeit genauso wichtig wie die aufgrund von Erwerbsarbeit gezahlten Sozialversicherungsbeiträge. Beide Beiträge sind auch darin vergleichbar, dass sie jeweils mit einem Konsumverzicht einhergehen. Wer Kinder hat, wendet dafür Zeit und Geld auf. Ressourcen, die für andere Dinge fehlen. Trotzdem werden die Familienleistungen in der Sozialversicherung weiterhin marginalisiert. Personen, die sich in ihrem Leben viel um Kindererziehung gekümmert und deswegen weniger Erwerbsarbeit geleistet haben, erhalten oft niedrige Renten. Und Familien müssen trotz des zusätzlich für das Umlageverfahren erbrachten Beitrags der Kindererziehung in gleicher Weise Sozialversicherungsbeiträge zahlen wie Kinderlose – mit Ausnahme eines minimalen Beitragsunterschieds von 0,25 (ab 2022: 0,35) Prozentpunkten in der Pflegeversicherung. Das stellt eine strukturelle Benachteiligung von Familien dar. Es ist nicht nur ungerecht, sondern auch verfassungswidrig. Denn das Bundesverfassungsgericht hat 2001 im Pflegeurteil entschieden, dass Familien wegen ihres generativen Beitrags bei den Sozialversicherungsbeiträgen zu entlasten sind. In Anknüpfung an dieses Urteil fordert der Familienbund analog zum Steuerrecht einen Kinderfreibetrag in der Sozialversicherung.

Die Beseitigung der strukturellen Benachteiligung von Familien ist auch aus Gründen der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit wichtig. Eine Sozialversicherung, die durch eine strukturelle Benachteiligung von Familien ökonomische Anreize gegen Kinder setzt und den weniger werden Familien in der Erziehungs- und Bildungsphase dringend benötigte Mittel entzieht, trägt zur eigenen Destabilisierung

bei: Sie erschwert es der nächsten Generation, die aufgrund des demografischen Wandels steigenden Lasten des Renten-, Gesundheits- und Pflegesystems zu tragen. Die in Zukunft stark steigenden Sozialversicherungsbeiträge werden die Freiheit der nächsten Generation erheblich einschränken. Diese Freiheitsbeschränkungen werden bei den Familien kulminieren, wenn die Sozialversicherungsbeiträge weiterhin ohne Rücksicht darauf erhoben werden, wie viele Personen von dem Familieneinkommen leben müssen. In seinem Klimaurteil hat das Bundesverfassungsgericht jüngst entschieden, dass die Freiheitschancen zwischen den Generationen verhältnismäßig und gerecht verteilt werden müssen. Das ist in der Sozialversicherung nicht der Fall. Die älteren Generationen leben auf Kosten der jüngeren. Der Fehler liegt im familienbenachteiligenden System.

In seinem Klimaurteil hat das Bundesverfassungsgericht jüngst entschieden, dass die Freiheitschancen zwischen den Generationen verhältnismäßig und gerecht verteilt werden müssen. Das ist in der Sozialversicherung nicht der Fall.

Darüber hinaus fordert der Familienbund in der gesetzlichen Rentenversicherung eine Rentenreform nach dem Vorbild des Rentenmodells der katholischen Verbände. Das Mehrstufenmodell sieht als erste Stufe eine Sockelrente vor, die alle Bürgerinnen und Bürger in gleicher Höhe erhalten sollen. Als zweite Stufe soll eine beitrags- und leistungsbezogene Rente ausbezahlt werden. Auf dieser Stufe sollen alle Erwerbstätigen einbezogen und Kindererziehung und Pflege stärker berücksichtigt werden. Auf der dritten Stufe soll die betriebliche Altersvorsorge zum Regelfall und die private Altersvorsorge reformiert werden. Das Rentenmodell der katholischen Verbände verhindert wirksam Altersarmut, stärkt die Solidarität der gesetzlichen Rentenversicherung und wahrt zugleich das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit, da weiterhin höhere Beiträge zu höheren Renten führen. Zudem geht das Rentenmodell von einem umfassenden Leistungsbegriff aus, der nicht nur auf Erwerbsarbeit aufbaut, sondern auch die Familienleistungen anerkennt.

In der Kranken- und Pflegeversicherung muss die „beitragsfreie“ Mitversicherung erhalten bleiben. Diese Mitversicherung ist trotz ihres Namens nicht beitragsfrei, weil auf das gesamte Familieneinkommen Beiträge erhoben werden. Familien durch eine Abschaffung der Mitversicherung stärker mit Sozialversicherungsbeiträgen zu belasten, wäre das Gegenteil der eigentlich erforderlichen Beitragsentlastung.

Im Bereich der Pflege müssen pflegende Angehörige besser unterstützt werden – unter anderem durch eine Lohnersatzleistung in Anlehnung an das Elterngeld. Sorgearbeit muss im gesamten Lebensverlauf einen gesellschaftlich hohen Stellenwert erhalten. Private und professionelle Pflege müssen besser finanziert und bestehende Angebote besser vernetzt werden. Familien brauchen flexible und kombinierbare Optionen, um das von ihnen gewünschte Pflegemodell leben zu können. Die in Familien ganz selbstverständlich gelebte Solidarität muss anerkannt und unterstützt werden. Ziel ist eine sorgende Gesellschaft, in der Familien einen wichtigen Platz einnehmen.

5. EINE NEUE FAMILIENPOLITIK, ZEIT- UND BEZIEHUNGSORIENTIERT

Was es braucht, ist vor allem eine neue Familienpolitik mit klaren ethischen und zeitpolitischen Prämissen, die dem Menschen den Vorrang vor der Ökonomie einräumt, wie es Papst Franziskus 2013 in seinem Apostolischen Schreiben *Evangelii Gaudium* für unsere Zeit nachdrücklich gefordert hat. Hier gilt es anzusetzen, auch aus christlicher Verantwortung.

Was es braucht, ist vor allem eine neue Familienpolitik mit klaren ethischen und zeitpolitischen Prämissen, die dem Menschen den Vorrang vor der Ökonomie einräumt.

Verabschieden wir uns davon, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausschließlich gleichzeitig zu denken. In einer Welt der zunehmenden Ökonomisierung unserer Lebenswelt, einer entgrenzten Arbeit und einer allseits zu beobachtenden Beschleunigung von Arbeitsprozessen ist eine vollzeitnahe Doppelerwerbstätigkeit ohne Kollateralschäden für Kinder und Eltern kaum noch möglich. Die Verschärfung dieser Lebensform hat uns allen, die es sehen wollten, die Zeit der coronabedingten Kontaktsperren vor Augen geführt, mit Kitas und Schulen, die gar nicht oder nur noch im Ausnahmefall arbeiten und Eltern, die zwischen Homeoffice, Homeschooling und Homework eine ohnehin unmöglich gewordene Vereinbarkeit leben. Homeoffice ist aber kein Betreuungsmodell. Zukunftsweisende Wege, Familie und Erwerbsarbeit in Einklang zu bringen, liegen vielmehr in einem planvollen Nacheinander, entschleunigt und lebensphasengerecht. In der Wissenschaft seit Jahren diskutierte Modelle wie das der „Atmenden Lebensläufe“ ermöglichen Eltern Optionszeiten über die gesamte Erwerbsbiografie mit der Möglichkeit, beruflich kürzer zu treten, wann immer das familiär für die Sorge von Kindern oder Angehörigen nötig ist.

Verabschieden wir uns von der Annahme, dass unbezahlte Familienarbeit keine Arbeit ist. Sie ist sogar schwere

Arbeit: Kinder er- und großziehen; alte, gebrechliche oder kranke Angehörige pflegen, Putzen, Kochen, Waschen, Einkaufen, Aufräumen. Und das Ganze stets gut planen und organisieren. Unbezahlte Arbeit ist oft wenig sichtbar, einen hohen Wert hat sie aber trotzdem. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO beziffert ihren Wert auf rund zehn Prozent des globalen Bruttosozialproduktes, mindestens.

Paare können gewinnen, wenn sie Erwerbs- und Familienarbeit gleichmäßiger aufteilen, auch nach der Elternzeit. Die individuellen Kosten der unbezahlten Arbeit werden so gerechter verteilt – ebenso wie die Freude, die aus diesen Arbeiten ja ebenfalls erwächst.

In einer Welt ist eine vollzeitnahe Doppelerwerbstätigkeit ohne Kollateralschäden für Kinder und Eltern kaum noch möglich.

Verabschieden müssen sich auch die Arbeitgeber von der weit verbreiteten Vorstellung, dass familienbedingte Auszeiten ein Hemmschuh für die berufliche Entwicklung sind, schließlich bringen Eltern Schlüsselqualifikationen wie Effizienz und ausgeprägte Selbstorganisation mit. Frauen und Mütter haben außerdem ein Recht auf gleiches Geld wie arbeitende Männer!

Verabschieden muss sich schließlich die Politik von ihren arbeitsmarktorientierten Familienbildern: Ein Elterngeldmodell in der Taktung „8 + 8 + 8“ bietet einen Vorgesmack, wie Zeitpolitik nach der Geburt familienfreundlich und geschlechtergerecht aussehen kann: acht Elternzeitmonate für den Vater, acht für die Mutter und die übrigen acht für die freie Verteilung zwischen den Eltern. Außerdem muss das Mindestelterngeld, das seit 2007 nicht erhöht wurde, auf 450 Euro angehoben werden.

Verabschieden müsste sich die Politik auch von ihrem Leitbild einer doppelten und maximalen Erwerbstätigkeit von Eltern. Die Politik muss Familien Spielräume eröffnen, ihre Erwerbstätigkeit zugunsten der Familie zu reduzieren und das von ihnen gewünschte Familienmodell zu leben. Ein Vollzeitjob von 40 Stunden und mehr lässt wenig Zeit für anderes. Das in Deutschland nach wie vor weit verbreitete Modell des in Vollzeit arbeitenden Mannes und der teilzeit- oder nicht erwerbstätigen Frau lässt dem einen keine Zeit für die Familie, der anderen verbaut es aber Aufstiegschancen und schmälert das Lebenseinkommen. Für viele Familien könnte das Modell einer großen Teilzeit für Mütter und Väter attraktiv sein: 30 Stunden, 75 Prozent der regulären Arbeitszeit für beide – möglichst mit einem Lohnausgleich. Das als Option, aber nicht als starres Leitbild. So ließen sich zeitliche Gestaltungsspielräume für Familien und Geschlechtergerechtigkeit zusammen und zukunftsweisend denken.

Mehr Zeit für Familien. Das hieße auch, Eltern und Kinder mitsamt ihren grundlegenden und nährenden Bindungen untereinander in den Mittelpunkt zu rücken. Von intakten Partnerschaften und selbstbewussten Kindern würden nicht nur Familien profitieren, sondern die gesamte Gesellschaft.

Doch dafür muss die Familienpolitik in Deutschland ihren instrumentellen Charakter abstreifen, ihre Arbeitsmarktorientierung überwinden und die Zeitpolitik entdecken – für alle Familien. Der Mensch im Mittelpunkt. Es ist allerhöchste Zeit!

Homeoffice ist kein Betreuungsmodell, sondern eine zusätzliche Belastung, die den Ansprüchen von Familie unter den Bedingungen eines Lockdowns nicht gerecht wird.

6. FÜRSORGE FÜR FAMILIEN IN ZEITEN DER PANDEMIE

Die Corona-Pandemie hat Familien insbesondere in Phase des Lockdowns hart getroffen: Die monatelange Parallelisierung von Kinderbetreuung, Homeschooling, Homeoffice, Kochen und Haushalt haben viele Familien an den Rand der Belastungsgrenze gebracht. Die Zeit hat aber auch gezeigt: Kinder sind in Familien in aller Regel gut aufgehoben. Wenn die staatlichen Institutionen wie Kita und Schule ausfallen, können Kinder auch zu Hause betreut und beschult werden. Das bestätigen auch Umfragen unter Eltern: Zwar findet die Mehrheit der befragten Eltern, dass die eigene Familie gut mit der Schulschließung umging. Trotzdem geben 38 Prozent an, dass die Situation für ihr Kind oder für sie eine große psychische Belastung war. Daran hatte auch das gleichzeitige Arbeiten im Homeoffice vielfach einen großen Anteil. Es hat in der Praxis deutlich gemacht: Homeoffice ist kein Betreuungsmodell, sondern eine zusätzliche Belastung, die den Ansprüchen von Familie unter den Bedingungen eines Lockdowns nicht gerecht wird. Gezeigt hat sich vor allem: Familien sind als die kleinsten gesellschaftlichen Einheiten unverzichtbar, wenn der Staat an seine Grenzen stößt.

Familie in Zeiten von Corona erfordert von den Eltern deutlich mehr Kraft und Motivation, Improvisationskunst und Ausdauer, von den Kindern vor allem das Aus- und Durchhalten, ein Leben auch mit weitreichendem Verzicht auf soziale Grundbedürfnisse führen zu müssen: ohne geregelten Schul- und Kitatag, ohne persönlichen Kontakt zu Lehrern und Erziehern, ohne die Begegnung mit den Freunden, ja, mitunter auch ohne den lieb gewordenen Besuch des Spielplatzes.

Im familienpraktischen Umgang mit Corona brauchen Familien umfangreiche politische Unterstützung. Jede Familie kann ihre Erziehungs- und Organisationsarbeit im Dienste der Gesellschaft nur in dem Maße entfalten, wie es der gesellschaftspolitische Rahmen ihr ermöglicht. Hinzu kommt: Die Corona-Krise verschärft wie unter einem Brennglas ohnehin bestehende strukturelle Probleme von Eltern wie den zunehmenden Zeitdruck und die häusliche Bildung bei Familien mit Unterstützungsbedarf.

In Zeiten der Pandemie sind Familien besonders be-

lastet und brauchen unser aller Solidarität und Unterstützung. Familien dürfen nicht zu den besonderen Verlierern der Pandemie werden. Das ist eine Frage des Respekts. Für die Politik heißt das: ein besonderes familien- und bildungspolitisches Augenmaß. Die Politik ist eindringlich aufgerufen, alles zu unternehmen, um einen neuerlichen familien-, betreuungs- und bildungspolitischen Lockdown zu Lasten von Familien zu verhindern, die Arbeitsplätze von Eltern zu erhalten, Lohneinbußen durch Kurzarbeit zu kompensieren, den finanziellen Mehraufwand zu entschädigen und zusätzliche zeitliche Freiräume zu ermöglichen. Kinder und Jugendliche haben auch in Zeiten einer Pandemie das Recht, ihrem Alter gemäß geistig und körperlich gefördert zu werden.

Die Politik ist eindringlich aufgerufen, alles zu unternehmen, um einen neuerlichen familien-, betreuungs- und bildungspolitischen Lockdown zu Lasten von Familien zu verhindern.

Die Familie als Leistungsträger der Gesellschaft ist in der Corona-Krise stark unter Druck geraten. Das hat die Bundesregierung in ihrem Krisenmanagement erst spät entdeckt – zu spät. Die von der Koalition dazu später aufgelegten Maßnahmen waren vielfach unzureichend. Der Familienbund der Katholiken fordert: Die Politik muss ihrer Verantwortung für Familien gerecht werden. Dafür braucht es einen nationalen Familiengipfel. Klar ist schon heute: Investitionen in Eltern und Familien lohnen sich immer, nicht nur aus gesellschaftspolitischer, sondern auch aus ökonomischer Sicht: Mit im Verhältnis überschaubaren Finanzmitteln tragen Familien wesentlich dazu bei, das Schwungrad der Gesellschaft langfristig am Laufen zu halten. Denn auch in der Corona-Krise gilt: Ohne Familie ist kein Staat zu machen!



Ulrich Hoffmann
Präsident des Familienbundes der Katholiken

www.familienbund.org

Die Familie ist der Ausgangspunkt menschlicher Gemeinschaft und unserer Gesellschaft



Die Corona-Pandemie hat insbesondere Familien vor große Herausforderungen gestellt. Beruf, Homeoffice und Homeschooling, eventuell Angehörige, die gepflegt werden müssen, die Unsicherheit, wie es weitergeht und finanzielle Engpässe: Gerade für Familien mit mehreren Kindern war es eine beispiellose Ausnahmesituation. Umso mehr gebührt ihnen Dank und Anerkennung.

Die Familie ist der Ausgangspunkt menschlicher Gemeinschaft und unserer Gesellschaft. Hier erfahren Kinder und Jugendliche Zusammenhalt und bekommen Orientierung. Familie bietet Halt in einer Welt, die durch Globalisierung, Digitalisierung und demografischen Wandel von immer tiefergehenden und schnelleren Umbrüchen geprägt ist. Familienpolitik ist daher ein Herzstück christlich-demokratischer Politik.

Die Unterstützung der Familien war mir, war der Union auch in der Corona-Pandemie eines der wichtigsten Anliegen: Lohnfortzahlung für Eltern, die nicht arbeiten gehen konnten, weil sie ihre kleinen Kinder betreuen mussten, Anpassung des Kinderzuschlags, damit auch diejenigen einen Anspruch darauf haben, die diesen normalerweise nicht benötigen. Auch die Berechnung des Elterngelds wurde geändert. Es darf nicht niedriger ausfallen, weil das Einkommen wegen Corona einbricht. Um Familien finanziell zu stärken, haben wir mehrfach das Kindergeld erhöht, zuletzt Anfang dieses Jahres.

Unser Ziel ist, dass sich möglichst viele Menschen für ein Leben mit Kindern entscheiden. Genauso wollen wir mehr Partnerschaftlichkeit in den Familien ermöglichen. Dabei sollen Eltern selbst entscheiden können, ob und wie sie ihr Familienleben gestalten und mit dem Beruf vereinbaren.

Wir wollen mehr Zeit für Familie. Nach Studien des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung ist die zeitliche Beanspruchung von Eltern besonders hoch, wenn die Kinder jünger als sechs Jahre sind. Aber auch später stellen sich Herausforderungen durch kranke oder pflegebedürftige Angehörige. Deshalb werden wir mit Zeitwertkonten mehr Zeitsouveränität über das ganze Berufsleben möglich machen.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt für uns bei kinderreichen Familien; sie stemmen besonders große Herausforderungen. Insbesondere der Wohnungsmarkt stellt kinderreiche Familien oft vor große Probleme. Vor diesem Hintergrund wollen wir das KfW-Wohneigentumsprogramm für Familien ausweiten. Dazu sollen Darlehen, Tilgungszuschüsse oder Zinsverbilligungen nach Anzahl der Kinder gestaffelt werden. Darüber hinaus wollen wir einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von 250.000 Euro pro Erwachsenen plus 100.000 Euro pro Kind beim erstmaligen Erwerb selbstgenutzten Wohnraums gewähren.

Familienleistungen zu beantragen, wollen wir maximal vereinfachen, durch schlanke Verfahren und einfach zugängliche Strukturen. Der Bezug von Kindergeld soll in Zukunft automatisch geregelt werden – ganz ohne Antrag.

Familien benötigen auch eine Infrastruktur, die ihnen das Leben erleichtert. Das ist in erster Linie eine verlässliche und hochwertige Kinderbetreuung. Eine CDU-geführte Bundesregierung wird die Länder auch in den kommenden Jahren beim Ausbau der Kinderbetreuung unterstützen. Im Vordergrund steht für uns die Qualität. Eltern müssen sicher sein, dass ihr Kind nicht nur verlässlich, sondern auch gut betreut und gefördert wird. Schwieriger noch als in den ersten Lebensjahren ist die Kinderbetreuung häufig beim Übergang in die Grundschule. Daher werden wir den Rechtsanspruch für eine Ganztagsbetreuung für Grundschüler zügig umsetzen.

Die CDU will gezielt Familien in der Mitte unserer Gesellschaft finanziell stärken. Familien mit Kindern profitieren am stärksten vom Ehegattensplitting – das ist vielfach belegt. Für uns gehört das Ehegattensplitting zur Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft, die Ehepartner mit der Eheschließung eingehen. Die CDU hält daran fest, dass die Ehe in unserer Verfassungsordnung in Deutschland geschützt bleibt. Perspektivisch streben wir ein Kindersplitting mit dem vollen Grundfreibetrag für Kinder an.

Zu einer guten Politik für Familien gehört auch, den Zusammenhang zwischen Herkunft und Bildungserfolg aufzulösen. Aufstieg durch Bildung muss für alle Kinder möglich sein.

Familie ist uns wichtig. Als Bundeskanzler will ich auch persönlich Familien stärken.



Armin Laschet
Ministerpräsident des Landes NRW, Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und Kanzlerkandidat der CDU/CSU

www.cdu.de
www.csu.de

© CDU

SPD

Familienpolitik betrifft alle. Unabhängig davon, ob man eigene Kinder hat, haben wir alle Eltern und Familienangehörige. Familienpolitik stellt deshalb diejenigen in den Mittelpunkt, die besondere Fürsorge brauchen – das sind Kinder, genauso wie pflegebedürftige Eltern oder Angehörige. Familienpolitik gilt immer auch als Frauenpolitik. Als ich mit 17 in die SPD eintrat, dachte ich: In 20 Jahren sind Männer und Frauen in Deutschland gleichberechtigt. Schon als Juso habe ich für die Frauenquote gekämpft. Jetzt bin ich 63 und es gibt immer noch viele Nachteile für Frauen. Die SPD macht eine Familienpolitik für Frauen und Mütter, für Männer und Väter, für Kinder und Eltern. Besonders in den vergangenen 18 Monaten wurde deutlich: Familien tragen unser Land durch die Corona-Pandemie.

Ein wichtiges Anliegen ist uns, Familien mit jungen Kindern zu entlasten, sowohl finanziell, als auch bei Bildung und Betreuung. Dem Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz soll jetzt ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung folgen. Wir setzen auf eine schnelle – für alle akzeptable – Lösung im Vermittlungsausschuss. Mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung schließen wir die Betreuungslücke, die nach der Kita für viele Familien entsteht. Davon profitieren am Ende alle: Kinder von zeitgemäßen Bildungs- und Betreuungsangeboten, Eltern können ihren Berufsalltag flexibler gestalten und auch Unternehmen und Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber profitieren. Da die Betreuung nach wie vor überwiegend durch die Mütter erfolgt, leisten Ganztagsangebote zusätzlich einen weiteren wichtigen Schritt zur Gleichstellung.

Deutschland soll das kinderfreundlichste Land Europas werden. Den Grundstein dafür haben wir mit dem Gute-Kita- und dem Starke-Familien-Gesetz gelegt. Darauf aufbauend wollen wir ein neues Kindergeld – die Kindergrundsicherung, sodass kein Kind in Armut aufwachsen muss und überall gute und gleichwertige Rahmenbedingungen bekommt. Mit der Kindergrundsicherung wollen wir das bestehende Familienfördersystem gerechter machen. Je höher der Unterstützungsbedarf, desto höher das Kindergeld. Dazu gehört außerdem eine kindgerechte Infrastruktur: gute beitragsfreie Kitas, Ganztagsangebote bis zur Grundschule, kostenfreie Fahrten mit dem öffentlichen Nahverkehr.

Schon immer war für die SPD ein zentraler Grundsatz: „Bildung darf keine Frage des Geldbeutels der Eltern sein“. Ich möchte, dass wir ein sehr gutes Bildungssystem haben, kleine Klassen und spannende Ganztagsangebote. Außerdem sollen alle die Chance haben, eine ordentliche Ausbildung zu machen, egal ob Studium oder Lehre. Wir wollen junge Menschen in Ausbildung durch eine direkte und elternunabhängige Auszahlung des Kindergeldes finanziell absichern, außerdem erhöhen wir den BAföG-Fördersatz. Der Kampf gegen Bildungsbenachteiligung muss in allen Systemen konsequent stattfinden.

Die SPD will ein Vier-Säulen-Modell für mehr Familien-

zeit einführen. Die erste Säule sind zwei Wochen Elternschaftszeit direkt nach Geburt eines Kindes, auf die der Vater bzw. der oder die Partnerin kurzfristig und sozial abgesichert Anspruch hat. Die zweite Säule ist die Familienarbeitszeit. Diese Leistung kann so lange genutzt werden, wie auch der Anspruch auf Elternzeit gilt, also bis zum achten Geburtstag des Kindes. Denn auch jenseits des Kleinkindalters brauchen Eltern Zeit für ihre Kinder, sei es bei der Einschulung, weil ein Umzug ansteht oder ein Kind einfach mehr unterstützt werden muss als andere. Die dritte Säule ist die dauerhafte Ausweitung der pandemiebedingt erhöhten Kinderkrankentage auf 20 Tage pro Kind, Jahr und Elternteil (als „Elterngeld akut“) - bei mehr als zwei Kindern maximal 45 Tage pro Elternteil und 90 Tage für Alleinerziehende. Kinderkrankentage waren schon vor Corona oft zu knapp – gerade bei jüngeren Kindern, die in den ersten Kita-Jahren häufig krank werden. Unser Modell der Familienpflegezeit ist die vierte Säule. Wer Angehörige pflegt, soll dabei unterstützt werden, die Pflege mit Erwerbsarbeit zu kombinieren. Das bedeutet: 15 Monate Anspruch auf Lohnersatz bei einer Arbeitszeitreduzierung für jeden nahen Angehörigen ab Pflegegrad 2, auf mehrere Pflegepersonen aufteilbar mit einer Mindestarbeitszeit von 15 bis 20 Stunden. Wichtig ist, dass Unternehmen gezielt auch Männer ermutigen, dieses Modell zu nutzen.

Last but not least – arbeiten wir weiter daran, dass Kinderrechte ins Grundgesetz aufgenommen werden. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Über zehn Millionen Kinder unter 14 Jahren leben in Deutschland. Es geht darum, wie wir ihren Belangen, ihren Interessen und ihrem Wohl so gerecht wie möglich werden.

Für unser sozialdemokratisches Verständnis ist klar: Wir machen Politik für die ganze Gesellschaft – nicht für einige wenige. Von unseren Vorhaben für die Zukunft profitieren alle und solche mit einem schmalen Geldbeutel noch ein bisschen mehr. Das ist für mich der Kit, der die Gesellschaft zusammenhält. Es ist eine Frage des Respekts.



Olaf Scholz
Bundesfinanzminister und
Kanzlerkandidat der Sozial-
demokratischen Partei
Deutschlands (SPD)

www.spd.de

Die Familie ist eine Kernzelle unserer Gesellschaft. Unabhängig von ihrer konkreten Ausgestaltung ist sie der Raum, in dem sich Menschen am nächsten und damit am vertrautesten sind. Das schafft große Freiräume. Menschen, die sich sehr gut kennen und vorbehaltlos annehmen, müssen einander nichts beweisen. In der Familie können wir so sein, wie wir wollen. Für die Freien Demokraten steht die Familie als die kleinste Einheit oberhalb des Individuums daher auch für Freiheit. Dabei kommt es nicht darauf an, wie sich eine Familie zusammensetzt. Familie ist nicht nur überall dort, wo Kinder sind, sie ist auch dort, wo Menschen bereit sind, füreinander einzustehen und Verantwortung zu übernehmen. Wenn es uns wichtig ist, dass Familien in unserem Land die größtmögliche Unterstützung erfahren, müssen wir uns von dem traditionellen, engen Familienbild lösen. Nicht etwa weil die traditionelle Familie heute weniger Wertschätzung verdient hätte, sondern weil die Lebensrealität eine andere geworden ist und wir dieser Veränderung Rechnung tragen müssen.

Familienpolitik sollte sich nicht an ideologischen Vorgaben orientieren, sondern an den Bedürfnissen der Familien.

Die Politik sollte nicht danach streben, bestimmte Formen des Zusammenlebens zu erzwingen, sondern den Menschen helfen, eine zu ihnen passende Form des Familienlebens zu finden.

Aus Sicht der Freien Demokraten soll nicht die Politik den Bürgerinnen und Bürgern vorschreiben, wie sie zu leben haben. Liberale Familienpolitik hört zu und fragt, sie gibt aber keine Wege vor.

Mit der Einführung so genannter Verantwortungsgemeinschaften wollen wir einen flexiblen rechtlichen Rahmen für neue Formen des Zusammenlebens schaffen. Das Konzept der Familie wird dadurch ausgeweitet und bildet die gesellschaftliche Realität besser ab. Wir wollen diese Verantwortungsgemeinschaft neben der Ehe gesetzlich verankern. Dabei soll die Ausgestaltung der Rechte und Pflichten innerhalb einer Verantwortungsgemeinschaft stufenweise variiert werden können. Menschen, die sich persönlich nahe stehen, aber nicht miteinander verheiratet, verpartnert oder in gerader Linie verwandt sind, sollen unbürokratisch eine Verantwortungsgemeinschaft gründen können. Das ist keine Absage an die traditionelle Familie, sondern ein Ausdruck der Wertschätzung neuer Verantwortungsgemeinschaften. In einer Zeit, in der traditionelle Familienstrukturen gerade im Alter nicht immer tragen, wächst der Bedarf an neuen Formen gegenseitiger Absicherung. Es steht außer Frage, dass der Wunsch nach Familie in unserer Gesellschaft nicht überholt, sondern vielleicht sogar größer denn je ist. Deshalb ist es aus Sicht der Freien Demokraten wichtig da-

für zu sorgen, dass mehr Menschen ihren Familienwunsch leben können und zwar auch diejenigen, die mit dem Konzept einer traditionellen Familie wenig anfangen können.

Wir möchten auch kinderlose Paare bei der Erfüllung ihres Kinderwunsches stärker unterstützen. Wer Kinderlose bei der Pflegeversicherung mit zusätzlichen Strafbeiträgen belastet, sollte sie wenigstens auch bei der Erfüllung ihres Kinderwunsches unterstützen. Das ist eine Frage der Fairness.

Wir wollen die familienpolitischen Leistungen gezielt zusammenführen und so dazu beitragen, dass diese für die Familien besser zugänglich werden. Der Bund zahlt rund 200 Milliarden Euro für Familienleistungen. Die schiere Vielzahl der Leistungen trägt aber dazu bei, dass viele anspruchsberechtigte Familien ihnen zustehende Mittel nicht erhalten, da sie von der Existenz der Programme nichts wissen. Das schafft vermeidbare Ungerechtigkeiten. Es wäre daher wichtig, die Leistungen selbst, aber auch deren Beantragung zu vereinfachen. Warum können diese nicht einfach über ein zentrales Familienportal beantragt werden?

Familien halten zusammen, nicht nur untereinander, sondern auch die Gesellschaft. Wir wollen deshalb in allen Politikfeldern darauf achten, dass Familien nicht belastet werden. Liebe, Respekt, Verbundenheit und die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen – das ist kein Konzept von gestern, sondern aktueller denn je.



Dr. Volker Wissing
FDP-Generalsekretär

www.fdp.de

Alle brauchen ein sicheres zu Hause. Nach der Pandemie geht es darum Familien wirklich zu entlasten

DIE LINKE.

Dauerstress. Kaum ein Wort habe ich häufiger gehört, wenn es um Familien in der Corona-Pandemie ging. Neben Menschen mit hohen Gesundheitsrisiken, sind es wohl die Kinder, Jugendlichen und Eltern, die die Pandemie besonders schwierig, ja manchmal dramatisch erfahren haben. Viele Eltern gehen auf dem Zahnfleisch. In der Pandemie wurde deutlich, welcher unglaubliche Druck und Stress auf Familien lastet – besonders, wenn Eltern in "systemrelevanten" Bereichen arbeiten, mehrere Kinder haben, alleinerziehend sind und in beengten Wohnungen leben.

Notwendig wäre gewesen, ihnen genau zu zuhören und effektive Hilfen für alle Familien zu organisieren. Stattdessen hat die Bundesregierung Hilfe an zahlreiche, oft unübersichtliche Bedingungen geknüpft. Viele Familien fielen durchs Raster. Für viele Menschen mit kleinen Einkommen, kleinen Wohnungen und stressigen Berufen hat die Unterstützung nicht gereicht. Als LINKE haben wir früh darauf hingewiesen und etwa ein unbürokratisches Corona-Elterngeld (mindestens 1200 Euro; einkommensabhängig) für alle gefordert, das auch Familien, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, unterstützt.

Alle Kinder brauchen ein sicheres und geborgenes Zuhause. Politik muss sich daran messen lassen, dieses zu fördern. Die Familienpolitik der Bundesregierung scheitert aber – nicht erst seit der Pandemie – daran, die großen Problembaustellen anzugehen: Kinderarmut, unsichere Einkommen, Wohnungsnot und steigende Mieten, fehlende Kita-Plätze und die Schwierigkeit, Beruf und Familie gut zu vereinbaren. Die Bundesregierung scheint die Lebensrealität von Millionen Menschen in Familien mit geringen Einkommen und mehreren Kindern zu vergessen. Auch Kinder mit Behinderungen brauchen einfach mehr Unterstützung und gezielte Förderung als das bisher der Fall ist.

Wie könnte eine sozial gerechte Familienpolitik nach der Bundestagswahl aussehen?

1. Es geht darum, Kinder und Familien zu entlasten und sozial besser abzusichern. Wir brauchen dringend eine Steuerreform, um Spitzenverdiener und Millionäre stärker zu besteuern und Menschen mit geringen und mittleren Einkommen zu entlasten. Um alle Kinder verlässlich vor Armut zu schützen, machen wir uns für eine eigenständige Kindergrundsicherung stark. Nur so können die individuellen und vielseitigen Bedarfe von Kindern und Jugendlichen in allen Familien gedeckt werden. Dies wird bereits seit Jahren von Gewerkschaften und Sozialverbänden gefordert und kürzlich erst durch die Empfehlungen des Familienberichts der Bundesregierung bestärkt. Auch beim Elterngeld besteht Handlungsbedarf. Mit einem Elterngeld von 400 Euro (bzw. 200 Euro bei ElterngeldPlus) und zwölf Monaten pro Elternteil (für Alleinerziehende dementsprechend 24) würde ein Stressfaktor im Alltag verringert und kann eine gerechte Verteilung der Erwerbs- und Sorgearbeit gefördert werden.

2. Dauerstress in den Familien rührt häufig auch von Problemen und Stress in der Arbeit und Geldsorgen. Mit einem Mindestlohn von 13 Euro, sicheren statt prekären Arbeitsverträgen und einer wirksamen Begrenzung von Überstunden und Arbeitsbelastung wären wir einen großen Schritt weiter und könnten die Situation von Millionen Familien verbessern. Es braucht verbindliche Ansprüche auf familien-gerechte Arbeitszeiten und Regelungen, die in vielen Bereichen und Betrieben für mehr Personal sorgen. Wenn ein Kind krank ist, muss es ein Recht auf bezahlte Freistellung geben – bis das Kind wieder gesund ist und das sollte bis zum 14. Lebensjahr gelten.

3. Eine gute soziale Infrastruktur von Kitas und Schulen, bezahlbaren Wohnungen, Schwimmbädern und Sporthallen, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen bis hin zu Beratungsstellen ist die Grundlage für mehr Lebensqualität im Alltag und für einen stärkeren sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Die unsoziale Politik der Schwarzen Null und der Schuldenbremse hat zu Kürzungen und Mangelverwaltung in vielen Bereichen geführt. Notwendig ist daher ein Zukunfts-Investitionsprogramm für Bildungsgerechtigkeit, bezahlbares Wohnen und die gesamte soziale Infrastruktur in den Kommunen. Ein Beispiel: wir bräuchten zusätzliche 200.000 ErzieherInnen für die Kitas, um den Anspruch auf Ganztagsbetreuung und Inklusion zu verwirklichen.

4. Familie ist, da wo Kinder leben und Menschen füreinander besondere Verantwortung übernehmen. Ein sicheres Zuhause für alle Kinder – das bedeutet auch, Diskriminierungen von Alleinerziehenden, Regenbogen-, Patchwork- und Wahlfamilien zu überwinden, sowie Beratungs- und Unterstützungsangebote für alle Familien auszubauen.

In diesem reichen Land wäre all das möglich. Ob das notwendige Geld in die Hand genommen wird oder lieber Milliarden bei der Steuer geschont und Milliarden in Rüstungsprojekte fließen, ist eine Frage der politischen Prioritäten.



Janine Wissler
Vorsitzende der
Partei DIE LINKE

www.die-linke.de



Familien und Kinder waren und sind ganz besonders von der Coronakrise betroffen. Die Umstellung auf Homeschooling, geschlossene Spielplätze, die plötzliche Trennung von Großeltern oder Freundinnen und Freunden: All das hat unendlich viel abverlangt. Als Mutter von zwei Töchtern kann ich sagen: Auch mein Mann und ich waren ganz schön gefordert – bei aller Unterstützung, die wir erfahren haben. Meine Empathie gilt all jenen Familien in unserem Land, die es deutlich schwerer hatten.

Familien leisten Enormes, oft unter schwierigsten Bedingungen. Hinzu kam in den letzten Monaten, dass viele Kinder keinen ruhigen Ort zum Lernen hatten. Es ist dem unermüdlichen Einsatz vieler Lehrkräfte und Eltern zu verdanken, dass Bildung trotz allem stattfinden konnte. Aber nicht alle Kinder wurden gleichermaßen etwa von digitalen Angeboten erreicht. Umso entschiedener sollten wir Familien und Kinder nun in den Mittelpunkt der Politik rücken.

Dafür machen wir in unserem Wahlprogramm ganz konkrete Vorschläge, die ich hier kurz skizzieren möchte. Es beginnt mit der Feststellung: In einem reichen Land wie Deutschland sollte kein Kind in Armut aufwachsen müssen. Zukunftschancen dürfen nicht länger von der sozialen Herkunft abhängen. Doch gerade bei Alleinerziehenden und Geringverdienenden, bei Familien mit mehr als zwei Kindern reicht das Geld oft vorn und hinten nicht. Wir schlagen deshalb eine Gesamtstrategie zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut vor. Neben einer besseren Infrastruktur wollen wir Familien mit einer einfachen und gerechten Kinder- und Familienförderung stärken. Konkret wollen wir Kindergeld und Kinderfreibeträge, Kinderzuschlag und das Sozialgeld für Kinder, die Bedarfe für Bildung und Teilhabe in einer eigenständigen und übersichtlichen Leistung zusammenfassen: der Kindergrundsicherung. Unser Konzept: Jedes Kind erhält einen festen „Garantie-Betrag“. Kinder in Familien mit geringem oder gar keinem Einkommen erhalten zusätzlich einen „GarantiePlus-Betrag“, der umso höher ist, je niedriger das Familieneinkommen ausfällt. Nach einmaliger Beantragung bei der Geburt wird die Kindergrundsicherung automatisch von der Familienkasse berechnet und ausgezahlt. So kommt die Kindergrundsicherung garantiert bei jedem Kind an – und Schritt für Schritt beenden wir Kinderarmut.

Gleiche Lebenschancen für alle Kinder bedeutet auch, dass wir beste Bildung von der Kita bis zum Schulabschluss überall im Land gewährleisten wollen. Das nächste Jahrzehnt muss das Jahrzehnt der Kinder, Kitas und Schulen werden. Es darf nicht wieder passieren, dass die Bedürfnisse der Kinder und Familien im politischen Hickhack untergehen. Egal wo im Land: Schulen sollen attraktive Orte sein. Dafür brauchen sie nicht nur schnelles Internet und saubere Toiletten, sondern auch zeitgemäße Raumkonzepte mit genügend Platz für vielfältiges und inklusives Lernen. Multiprofessionelle Teams sollen Kindern in ihren unterschiedlichen Bedürfnis-

sen bestmögliche Unterstützung bieten. Das wiederum setzt gute Aus- und Weiterbildung, sichere Berufswege und einen guten Lohn voraus. Da die Weichen am Anfang gestellt werden, müssen dorthin auch die meisten Ressourcen fließen.

Den Kopf frei zu haben für die Familie und die Kinder, auch wenn sie krank sind – das darf kein Luxus sein. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist vor diesem Hintergrund eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung, die wir gemeinsam mit Wirtschaft und öffentlichen Institutionen angehen wollen. Alle Eltern sollen Elternzeit unkompliziert in Anspruch nehmen können. Mit der „KinderZeit Plus“ wollen wir das Elterngeld auf 24 Monate ausweiten: Pro Elternteil soll es je acht Monate geben; weitere acht Monate sollen flexibel untereinander aufgeteilt werden können. Wird diese „KinderZeit“ in Teilzeit genommen, verlängert sich der Bezugszeitraum entsprechend. Die „KinderZeit Plus“ soll zudem bis zum 14. Geburtstag des Kindes genommen werden können, denn auch bei älteren Kindern kann bisweilen mehr Aufmerksamkeit vonnöten sein. Die Bedarfe der Familien von Kindern mit Behinderung wollen wir zusätzlich berücksichtigen. Und wir wollen Eltern dabei unterstützen, Familie und Arbeit mit einer neuen Arbeitszeitkultur und einem flexiblen Vollzeitkorridor in Balance zu bringen – und Teilzeitfallen zu vermeiden. Niemand soll sich zwischen Kind und Job, Ausbildung oder Studium entscheiden müssen. Darum soll der Anspruch auf ein Kinderkrankengeld auf 15 Tage im Jahr pro Kind und Elternteil steigen; Alleinerziehende erhalten 30 Tage.

Die Pandemie hat uns gezeigt, was eine Gesellschaft stark macht. Sie hat uns spüren lassen, wie sehr wir andere Menschen brauchen. Diese Erfahrung ist uns Auftrag: Wir wollen Solidarität und Schutz in konkrete, in bessere Politik übersetzen. Nicht zuletzt im Sinne der Familien.



Annalena Baerbock
Kanzlerkandidatin und
Bundesvorsitzende von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

www.gruene.de

© DIE GRÜNEN

Welche Position hat Ihre Partei bei der Förderung von Ehe und Familie?



- Familie ist überall da, wo Menschen generationenübergreifend eine auf Dauer angelegte Verantwortungsbeziehung eingehen und füreinander sorgen.
- Familienpolitik muss alle Familien im Blick haben und alle Familien fördern, denn Familien erbringen unverzichtbare Leistungen für die Gesellschaft.
- Durch die Erziehung von Kindern, die Pflege der älteren Generation und selbstverständlich gelebte, wechselseitige Solidarität stärken Familien den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- Statt starrer Leibbilder sollte eine moderne Familienpolitik den Familien viele Optionen bieten und die Rahmenbedingungen so gestalten, dass jede Familie – unabhängig von ihrer jeweiligen Ausprägung – bestmöglich gelingen kann.
- Familien sollten das Familienmodell leben können, das für sie am besten passt und ihren individuellen Wünschen entspricht.
- Steuern und Abgaben sowie familienpolitische Leistungen müssen die von der Kinderzahl abhängigen, unterschiedlichen Belastungen und Leistungen der Familien berücksichtigen.
- Eine stufenweise Differenzierung nach der Kinderzahl bedeutet, dass Familien auch im Vergleich zu Personen ohne Kinder angemessen entlastet werden müssen. Das ist keine „Bestrafung von Kinderlosen“, sondern schlicht eine Berücksichtigung der unterschiedlichen ökonomischen Lage.
- Der Familienbund tritt für den „besonderen Schutz“ der Ehe ein, wie er auch im Grundgesetz geregelt ist. Der „besondere Schutz“ der Ehe bedeutet für den Familienbund insbesondere, dass der Staat die Ehe nicht gegenüber unverbindlicheren Formen des Zusammenlebens schlechter stellen darf – etwa indem er diesen die Rechte der Ehe ohne deren Pflichten einräumt.
- Das Ehegattensplitting hält der Familienbund für die sachgerechte Besteuerung der Ehe. Daher muss es bewahrt werden. Es stellt sicher, dass alle Ehen bei gleichem Gesamteinkommen und gleicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit gleich besteuert werden.
- Wer das Ehegattensplitting abschafft, beseitigt nicht etwa eine Bevorzugung des Alleinverdienermodells, sondern führt eine steuerliche Bevorzugung des Doppelverdienermodells ein. Das ist mit dem Gedanken der Wahlfreiheit unvereinbar.



CDU und CSU wollen Familien in der Mitte unserer Gesellschaft gezielt stärken. Wir wollen es Familien leicht machen, sich für ein Leben mit Kindern zu entscheiden. CDU und CSU halten daran fest, dass die Ehe als Institution einer auf Lebenszeit angelegten Beziehung in unserer Verfassungsordnung in Deutschland geschützt bleibt.

Wir werden Familien finanziell entlasten und ihnen geben, was für alle wichtig ist: Zeit füreinander, Sicherheit, mehr finanzielle Spielräume, gute Schulen und Kitas. Gleichzeitig wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern. CDU und CSU haben die finanzielle Situation der Familien bereits spürbar verbessert, indem wir den Kinderfreibetrag und das Kindergeld zum 1. Januar 2021 deutlich erhöht haben. Gleichzeitig wurde der Kinderzuschlag erhöht und Verbesserungen beim Unterhaltsvorschuss und beim Bildungs- und Teilhabepaket erreicht. Wir haben auch den steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende auf 4.008 Euro verdoppelt. Wir wollen ihn perspektivisch auf 5.000 Euro weiter erhöhen. Auch streben wir den vollen Grundfreibetrag für Kinder an und finden damit den Einstieg in ein Kindersplitting.



Kinder und Jugendliche brauchen starke Familien. Sie brauchen Liebe, Zuwendung und viel gemeinsame Zeit. Die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft hängt davon ab, dass sich Menschen für Kinder entscheiden und sie auf ihrem Weg in ein selbständiges Leben bestmöglich begleiten. Die Vereinbarkeit von Familienarbeit und Beruf ist für viele noch immer ein täglicher Spagat – hier brauchen Eltern mehr Unterstützung. Das gilt zumal dann, wenn neben der Kindererziehung noch Alltagshilfe oder Pflege für ältere Angehörige zu leisten ist.

Wir treten dafür an, dass Familien mehr Zeit füreinander haben, dass es einfacher wird, Erwerbs- und Sorgearbeit gerechter zwischen allen Geschlechtern aufzuteilen – und dass Alleinerziehende besser unterstützt werden.

Familien sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Sie brauchen nicht nur Unterstützung, sondern vor allem mehr Flexibilität, um ihr Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten zu können. Für uns ist Familie überall dort, wo Menschen dauerhaft und verbindlich füreinander Verantwortung übernehmen. Wir Freie Demokraten wollen eine moderne Familienpolitik für Deutschland, in der jede Familie ihre Entscheidungen selbst treffen kann. Wir setzen uns für ein modernes Sorge-, Adoptions-, Reproduktions- und Abtreibungsrecht ein. Wir wollen die Verantwortungsgemeinschaft neben der Ehe gesetzlich verankern. Dabei soll die Ausgestaltung der Rechte und Pflichten innerhalb einer Verantwortungsgemeinschaft stufenweise variiert werden können. Zwei oder mehr volljährige Personen, die sich persönlich nahestehen, aber nicht miteinander verheiratet, verpartnert oder in gerader Linie verwandt sind, sollen eine Verantwortungsgemeinschaft möglichst unbürokratisch gründen können.

**Freie
Demokraten**
FDP

DIE LINKE setzt sich für die bessere soziale Absicherung von Familien ein. Mit Kindern zu leben, darf kein Armutsrisiko sein. Eltern und Alleinerziehende müssen Kinder unter sicheren und gesunden Bedingungen aufziehen können. Niedrige Löhne und Erwerbslosigkeit haben Familien-, Kinder- und Jugendarmut zur Folge. Besonders dramatisch ist die Situation für alleinerziehende Mütter und Väter, die sich im Hartz-IV-Bezug befinden. LINKE Familienpolitik zielt darauf ab, allen Menschen ein gutes, planbares Leben ohne Zukunftsangst zu ermöglichen – für alle Familienformen unabhängig von der Herkunft, sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität. Dafür wollen wir soziale und öffentliche Infrastrukturen und Dienstleistungen ausbauen und gute soziale Sicherungen einführen, damit Familie und Beruf besser vereinbar werden. Bestehende Diskriminierungen von Familienformen wollen wir abbauen, wie zum Beispiel im Abstammungsrecht für gleichgeschlechtliche Paare. Der besondere Schutz und die Förderung durch Staat und Gesellschaft sollen in Zukunft nicht Ehepaaren vorbehalten sein, sondern denjenigen zugutekommen, die mit Kindern oder Pflegebedürftigen leben – unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität. Wir wollen die Gleichberechtigung aller Lebensweisen, bei denen Verantwortung für andere übernommen wird.

DIE LINKE.

Familien sind so vielfältig wie das Leben selbst: Es gibt verheiratete Paare mit Kindern, Alleinerziehende, getrennt erziehende Eltern, Patchwork-Familien, nichteheliche Familien oder Regenbogenfamilien. Wir GRÜNE machen eine Politik, die Familien in allen Formen und Modellen unterstützt. Dabei stehen für uns die Kinder und ihr Wohlergehen im Mittelpunkt. Deshalb sind wir dafür, dass nach einer Trennung beide Eltern weiterhin gemeinsam Verantwortung für ihr Kind tragen. Es soll dann für getrennt erziehende Eltern bei der Betreuung nicht zusätzlich knirschen, darum werden Mehrkosten für die Ausübung des Umgangs und Betreuungsleistungen angemessen berücksichtigt. Für getrennt erziehende Eltern im Grundsicherungsbezug wollen wir einen Umgangsbedarf einführen. Wir wollen Gleichberechtigung auch bei der Steuer und stärken mit der Kindergrundsicherung Familien. Alleinerziehende, die heute am stärksten von Armut betroffen sind, entlasten wir mit einer Steuergutschrift.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

Welche Position hat Ihre Partei auf dem Gebiet der Steuern und sozialen Transfers für Familien?



- Familien verdienen finanzielle Unterstützung als Ausgleich für ihre wichtigen Leistungen für die Gesellschaft. Das setzt ein familiengerechtes Steuersystem voraus.
- Zentral ist der den Familien verfassungsrechtlich garantierte Kinderfreibetrag. Er ist keine Maßnahme der Familienförderung, sondern dient einer gerechten, an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit orientierten Besteuerung.
- Der Familienbund kritisiert die aktuelle Berechnung des Kinderexistenzminimums als zu niedrig und fordert eine Neuberechnung, die das soziokulturelle Existenzminimum von Kindern realitätsgerecht abbildet. Bis eine Neuberechnung vorliegt, sollte der Kinderfreibetrag auf die Höhe des Erwachsenenfreibetrages angehoben werden.
- Zur gerechten Besteuerung von Familien gehört auch die endgültige Beseitigung der kalten Progression durch einen „Tarif auf Rädern“, d.h. eine automatische Anpassung des Steuertarifs entsprechend der Inflationsentwicklung. Der Steuertarif muss regelmäßig angepasst werden, weil ansonsten auch Lohnerhöhungen, die nur die Inflation ausgleichen und zu keiner Steigerung der Kaufkraft führen, zu einer höheren Besteuerung führen.
- Aus Familiensicht ist zudem die Umsatzsteuer kritisch zu sehen. Diese hat – im Gegensatz zum progressiven Einkommenssteuertarif – eine degressive Wirkung: Sie belastet Personen mit kleinem Einkommen und Familien prozentual besonders stark, weil diese einen großen Teil ihres Einkommens für umsatzsteuerpflichtige Produkte ausgeben. Neue Familienleistungen dürfen daher nicht durch eine Anhebung der Umsatzsteuer refinanziert werden, um eine Selbstfinanzierung durch die Familien und einen Transferkreislauf zu vermeiden.
- Zur finanziellen Unterstützung von Familien und zur Bekämpfung von Familien- und Kinderarmut fordert der Familienbund eine Weiterentwicklung des Kindergeldes. Dieses sollte mit dem Kinderzuschlag zusammengeführt werden. Das neue Kindergeld sollte in Höhe von 424 Euro pro Monat gezahlt und regelmäßig so angehoben werden, dass es das sächliche Existenzminimum der Kinder dauerhaft abdeckt.
- Die vom Familienbund vorgeschlagene Systemumstellung würde zu einem großen Transparenzgewinn führen: Familienbesteuerung und Familienförderung würden klar getrennt. Der für Familien schwer verständliche Kinderzuschlag würde im neuen Kindergeld aufgehen.
- Bei Alleinerziehenden, die keinen Unterhalt vom anderen Elternteil, sondern Unterhaltsvorschuss vom Staat erhalten, sollte das Kindergeld nur noch hälftig auf den Unterhaltsvorschuss angerechnet werden. Dadurch würden der Unterhalt und der an seine Stelle tretende Unterhaltsvorschuss gleichbehandelt, was systematisch überzeugend wäre.



CDU und CSU wollen Familien steuerlich entlasten. Studien belegen, dass gerade Familien mit Kindern vom Ehegattensplitting am stärksten profitieren. Für uns gehört das Ehegattensplitting zur Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft, die Ehepartner mit der Eheschließung eingehen. Wir halten am Ehegattensplitting fest und wollen unabhängig davon zusätzlich Ansätze entwickeln, um Kinder positiv zu berücksichtigen. Wir haben die finanzielle Situation von Familien spürbar verbessert, indem wir den Kinderfreibetrag und das Kindergeld zum 1. Januar 2021 deutlich erhöht haben. Wie bereits unter "Förderung von Ehe und Familie" dargelegt streben wir perspektivisch den vollen Grundfreibetrag für Kinder an und finden damit den Einstieg in ein Kindersplitting. Den steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende wollen wir auf 5.000 Euro weiter erhöhen.

Wir werden die steuerliche Berücksichtigung haushaltsnaher Dienstleistungen verbessern. Sie entlasten Familien im Alltag und schaffen mehr Zeit für Familie und Beruf. So verringern wir auch Schwarzarbeit und tragen zur sozialen Absicherung der häufig weiblichen Beschäftigten bei.



Wir haben ein Konzept der Kindergrundsicherung entwickelt, das aus zwei zentralen Bereichen besteht. Zum einen aus einer Infrastruktur, die gerechte Bildung und Teilhabe für alle Kinder ermöglicht. Sie beinhaltet gute und beitragsfreie Kitas, ein Ganztagsangebot für Schulkinder, eine soziale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche und freie Fahrt in Bus und Bahn im Nahverkehr sowie ein Recht auf Mobilität vor allem für den ländlichen Raum. Die Kindergrundsicherung besteht zum anderen aus einem neuen existenzsichernden, automatisch ausgezahlten Kindergeld, das nach Einkommen der Familie gestaffelt ist – je höher der Unterstützungsbedarf, desto höher das Kindergeld.

Wir Freie Demokraten wollen Familien und Alleinerziehende entlasten. Dazu wollen wir den Kinder- und Auszubildendenfreibetrag sowie den Freibetrag für Alleinerziehende anheben. Auch die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten, gesetzlichen Unterhaltsleistungen und haushaltsnahen Dienstleistungen wollen wir verbessern. Am Splittingverfahren für Ehe- und eingetragene Lebenspartnerschaften wollen wir festhalten. Ebenso kann es sinnvoll sein, künftig stärker mit – von der Steuerschuld abzuziehenden – Steuergutschriften zu arbeiten. Dadurch wirken Freibeträge besser für die niedrigen und mittleren Einkommen. Darüber hinaus wollen wir beim Einkommensteuertarif den sogenannten Mittelstandsbauch vollständig abschaffen und so einen leistungsgerechteren linearen Chancentarif gestalten. Heute steigt die Steuerlast bei kleinen und mittleren Einkommen besonders schnell an. Von Gehaltserhöhungen greift sich der Staat mehr als die Hälfte. Das ist leistungsfeindlich und ungerecht. Deshalb brauchen wir mehr Fairness bei den Steuern.

**Freie
Demokraten**
FDP

Familien benötigen ausreichend Geld und gut ausgestattete soziale Einrichtungen wie Kitas, Schulen, Pflegeheime etc. Deswegen setzt sich DIE LINKE für eine Steuerreform ein, die mittlere und niedrige Einkommen entlastet und hohe Einkommen, große Vermögen und Unternehmensgewinne stärker belastet. Mit den zusätzlichen Steuereinnahmen finanzieren wir mehr Erzieher*innen, Lehrkräfte, Sozialarbeiter*innen und Pflegekräfte – für gute Kitas, gute Schulen und gesunde Pflege, die allen zu Gute kommen und Familien entlasten. Die Kürzungen der letzten Jahrzehnte im öffentlichen Bereich in Schulen, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen u.a. haben besonders Familien stark belastet. Deshalb setzen wir uns ein für gut ausgestattete öffentliche Einrichtungen zur Unterstützung für Familien und eine Steuerpolitik, die die nachhaltige Finanzierung öffentlicher Leistungen sicherstellt. Als Faustregel gilt: Wer (als Single, Steuerklasse I) weniger als 6.500 Euro im Monat brutto hat, zahlt nach unserem Tarif weniger Steuern. Alle zu versteuernden Einkommen unter 14.400 Euro im Jahr bleiben steuerfrei. Davon profitieren besonders mittlere Einkommen, da ein höherer Freibetrag bedeutet, dass nur auf das darüberhinaus gehende Einkommen überhaupt Steuern gezahlt werden müssen. Das Ehegattensplitting wird mit sozialverträglichen Übergangsregelungen durch eine geschlechtergerechte Individualbesteuerung ersetzt. Dabei muss das nicht ausgeschöpfte steuerliche Existenzminimum zwischen Eheleuten bzw. Lebenspartner*innen übertragbar sein. Wir fordern die Einführung einer eigenständigen Kindergrundsicherung. Die Höhe fällt abgestuft aus. Beginnend bei 630 Euro für die ärmsten Kinder wird sie je nach Einkommenssituation bis auf 328 Euro abgeschmolzen. Das entspricht dem erhöhten Kindergeld, das wir für alle Kinder als Sofortmaßnahme fordern. Es wird einkommensunabhängig an alle Familien monatlich gezahlt. Wir setzen uns für gebührenfreie öffentliche Kinderbetreuung für Kinder aller Altersgruppen, für gesundes, kostenfreies Mittagessen in allen Kitas und Schulen sowie kostenfreie Tickets für Schülerinnen und Schüler im öffentlichen Nahverkehr ein. Die Angebote für Kinder und Jugendliche zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und zur persönlichen Entwicklung wollen wir ausbauen – barrierefrei, lebensnah und möglichst gebührenfrei. Die Kommunen wollen wir entsprechend finanziell unterstützen, um Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, Sportanlagen, Frei- und Hallenbäder, Kultur- und Bildungseinrichtungen vorzuhalten.

DIE LINKE.

Derzeit ist die Kinder- und Familienförderung trotz ihrer Vielzahl an Leistungen weder gerecht noch wirksam. Eltern mit hohem Einkommen erhalten für ihre Kinder über die Kinderfreibeträge mehr Unterstützung vom Staat als Eltern mit kleinem oder mittlerem Einkommen über das Kindergeld. Das wollen wir ändern: mit der grünen Kindergrundsicherung, Kindergeld, Kinderfreibeträge, Kinderzuschlag, das Sozialgeld für Kinder und die Bedarfe für Bildung und Teilhabe werden in eine neue eigenständige Leistung des Kindes zusammengefasst. Sie wird nicht bei den Eltern als Einkommen angerechnet, wenn diese Sozialleistungen beziehen. Der garantierte Betrag soll das heutige Kindergeld ablösen und jedem Kind zustehen. Er entspricht der maximalen Entlastungswirkung der Kinderfreibeträge im Steuerrecht. Die Kindergrundsicherung verbinden wir GRÜNE mit einer Neuermittlung dessen, was Kinder zum Leben brauchen.



Welche Position hat Ihre Partei bei der Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern?



- Der Familienbund der Katholiken fordert die Einbettung der geplanten Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern in ein hochwertiges Bildungskonzept. Das nicht zuletzt auch deshalb, weil der Bekämpfung der Corona-Pandemie unzählige Schulstunden zum Opfer gefallen sind.
- Betreuung allein ist nicht genug – weder für Eltern noch für Grundschulkindern. Dafür muss die Politik rasch eine Strategie für ein umfassendes Konzept vorlegen. Sie muss auch schlüssig Antwort darauf geben, wie dafür qualifiziertes Personal gewonnen werden kann.
- Der Familienbund begrüßt grundsätzlich, dass der geplante Betreuungsanspruch für Grundschulkindern Eltern im Rahmen ihrer Wahlfreiheit die Möglichkeit bietet, ihre Lebensplanung mehr nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Der Betreuungsanspruch muss allerdings durch zeitpolitische Maßnahmen ergänzt werden, damit Eltern und Kinder auch mehr gemeinsame Zeit miteinander haben können. Dazu gehören weitergehende Rechte wie befristete Arbeitsreduzierung mit Lohnausgleich.
- Für einen zeitgemäßen Betreuungsanspruch in der Schule muss pädagogische Qualität Priorität haben. Notwendig sind weitaus höhere Investitionen in schulische Bildung, gerade auch für anspruchsvolle und fördernde Betreuungszeiten. Diese Investitionen müssen langfristig und dauerhaft angelegt werden, wenn sie dem nur langsam wachsenden Charakter von Bildung perspektivisch gerecht werden sollen.
- Das politisch ausgelobte Ziel eines Rechtsanspruchs auf Betreuung für Grundschulkindern darf nicht die einzige politische Antwort auf die drängende Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sein. Der Ausbau staatlicher Betreuungsinstitutionen als Lösungslieferant ist eindimensional und unterkomplex, weil es den Bedürfnissen von Familien nach mehr Zeit für- und miteinander keinerlei Rechnung trägt.
- Nötig sind flexible und lebensphasenbezogene Arbeitszeitreduzierungen für erwerbstätige Eltern. Statt die Lebensform Familie nach den ökonomischen Verwertungsinteressen der Wirtschaft weiter zuzuschneiden, müssen es die Familien sein, die souverän über ihr Leben und ihre Zeit entscheiden. Dafür muss die Politik endlich zukunftsweisende Konzepte für eine familien- und lebensgerechte Zeitpolitik aufgreifen, die wissenschaftlich seit langem entwickelt und diskutiert werden, zum Beispiel ‚Atmende Lebensläufe‘, die Optionszeiten über die gesamte Erwerbsbiografie von Menschen für Erziehungs- und Pflegeaufgaben vorsehen. Die Wirtschaft ist nachdrücklich aufgerufen, einen nennenswerten Beitrag zu einer familien-gerechten Zeitpolitik zu leisten.



CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass jedes Kind seine individuellen Lebenschancen nutzen kann. Jedes Kind soll seinen Möglichkeiten entsprechend von Anfang an gefördert werden, gerade auch in sozial schwierigen Lagen. Der Grundstein für Aufstieg durch Bildung wird schon im frühen Kindesalter gelegt. Für uns gilt: Die Herkunft von Menschen darf nicht über ihre Zukunft entscheiden. Eltern und Kinder haben ein Recht auf eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung, die verlässlich und dem Bedarf angemessen ist. Wir werden den Kita-Ausbau und die Qualität auch über 2022 hinaus weiter fördern. Damit helfen wir Kindern in ihrer Entwicklung und unterstützen Eltern bei der Vereinbarkeit von Familien und Beruf. Wir werden die Einrichtungen der frühen Bildung zu qualitativ hochwertigen Bildungsorten weiterentwickeln und so einen zentralen Beitrag leisten, um Herkunft und Bildungserfolg zu entkoppeln.



Die erste Bildungseinrichtung im Leben eines Kindes ist heute die Kita. Deshalb werden wir die frühkindliche Bildung weiter ausbauen. Durch die Einschränkung des Präsenzunterrichts während der Pandemie droht sich die Verbindung von Bildungserfolg und Familienhintergrund zu verfestigen und Bildungsbenachteiligungen zu verstärken. Aus diesem Grund wollen wir eine Bundesinitiative Chancengleichheit in der Bildung starten – mit Chancenhelfern an jeder Schule. Der Rechtsanspruch auf ein ganztägiges Bildungs- und Betreuungsangebot im Grundschulalter ist außerdem ein wichtiger Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit – und zudem für viele Eltern der notwendige nächste Schritt in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, auf den sie dringend warten. Er muss schnellstmöglich umgesetzt werden. Finanzmittel aus Bund und Ländern müssen durch die zusätzliche Einführung von Sozialkriterien da ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden.

Wir Freie Demokraten wollen, dass jeder Mensch sein volles Potential ausschöpfen kann. Deshalb arbeiten wir dafür, dass modernste Bildung in Deutschland zum Standard wird. Wir wollen die Qualität der frühkindlichen Bildung stärken und setzen uns dafür ein, dass sich Bund und Länder auf ambitionierte gemeinsame Standards für Betreuungsschlüssel und frühkindliche Bildungsinhalte verständigen. Wir fordern, dass jedes Kind mindestens ein Jahr vor der Einschulung an einem Deutschtest teilnimmt. Zudem fördern wir die altersgerechte Vermittlung von Fremdsprachen im Kindesalter durch entsprechende pädagogische Konzepte. Das Potential von Kindern, spielerisch Sprachen zu erlernen, wollen wir stärker fördern. Außerdem müssen Kinder eine frühzeitige MINT-Bildung erhalten. Die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten wollen wir flexibilisieren und so Eltern mehr Flexibilität ermöglichen. Hierzu brauchen wir mehr Notfallangebote über Nacht und am Wochenende sowie 24-Stunden-Kitas. Eine Verlängerung der Betreuungszeiten auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darf es allerdings nicht geben. Ziel ist, Eltern und Kindern mehr Spielräume zu verschaffen. Nicht zuletzt setzen wir uns dafür ein, Initiativen in Form von Aufstiegsopatenschaften einzubinden, um Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Elternhäusern zu helfen, den eigenen Weg zu beruflichen Bildungsabschlüssen oder an die Hochschule zu gehen.

**Freie
Demokraten**
FDP

Kinder haben ein eigenständiges Recht auf frühkindliche Bildung und Förderung. Allen Kindern muss deshalb von Anfang an ganztägig das gemeinsame Leben und Lernen mit anderen Kindern in Kindertageseinrichtungen ermöglicht werden. Insbesondere während der coronabedingten Kitaschließungen wurde deutlich, wie wertvoll frühkindliche Bildung für alle ist. Noch immer wird der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz nicht überall umgesetzt. Das kann zu Benachteiligungen führen, die sich in der gesamten Bildungsbiografie fortsetzen. Der Zugang zu Bildung ist in Deutschland stark von der sozialen Herkunft abhängig. Wesentliche Ursache der sozialen Spaltung in der Bildung ist die frühe Aufteilung der Schüler*innen in unterschiedliche Schulformen. Wir wollen deshalb eine Schule für alle: Eine Gemeinschaftsschule, die kein Kind zurücklässt und sozialer Ungleichheit entgegenwirkt. Schule sollte so organisiert sein, dass die sozialen Unterschiede nicht noch verstärkt, sondern möglichst ausgeglichen werden. Dazu muss viel mehr Geld in die Bildung investiert werden. Unsanierte Schulen mit schlechter Ausstattung sind ein sichtbares Zeichen für die jahrzehntelange Unterfinanzierung. Das betrifft besonders ärmere Stadtteile, in denen Familien das kaum durch private Ausgaben für Ausstattung oder Nachhilfe ausgleichen können. Allein der Sanierungsbedarf bei Schulen wird bundesweit inzwischen auf fast 50 Milliarden Euro geschätzt. DIE LINKE fordert zudem eine Offensive des Bundes für mehr Lehrkräfte, Erzieher*innen und Schulsozialarbeiter*innen. Wir brauchen 100 000 Lehrkräfte und 200 000 Erzieher*innen zusätzlich und Schulsozialarbeit an jeder Schule. Das Bildungssystem ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss ausreichend vom Staat finanziert werden. DIE LINKE steht für gute Bildung, die nicht vom Geldbeutel und der Herkunft abhängt.

DIE LINKE.

Mit einem Bundesqualitätsgesetz sorgen wir für mehr Qualität in KiTas. Wir GRÜNE wollen mit Mindeststandards sicherstellen, dass sich Erzieher*innen und andere pädagogische Fachkräfte um höchstens vier Unter-Dreijährige oder neun Kinder ab drei Jahren gleichzeitig kümmern. Darüber hinaus müssen sie genügend Zeit für Vor- und Nachbereitung, Zusammenarbeit mit Familien, Netzwerkarbeit im Sozialraum und Fortbildungen haben. Das Engagement des Bundes beim Platzausbau wollen wir weiterführen und verstärken. Weiterhin fordern wir, einen individuellen Rechtsanspruch für jedes Grundschulkind auf Ganztagsbildung und -betreuung mit Qualitätsstandards umzusetzen – mit genügend Fachkräften in multiprofessionellen Teams, anregenden Räumen und Schulhöfen, einem gesunden Mittagessen und einer breit gefächerten Zusammenarbeit mit Vereinen, Musikschulen und anderen Akteuren vor Ort. Es gilt, Ganztags für alle Kinder zu ermöglichen, ob mit Behinderungen oder ohne.



Welche Position hat Ihre Partei für die soziale Sicherung von Familien?



- In der Sozialversicherung ist die Frage der Familiengerechtigkeit ungelöst und dringend. Die Leistungen der Familien müssen endlich anerkannt und gerecht bewertet werden. Denn sie spielen in der umlagefinanzierten Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung eine entscheidende Rolle. Ohne die nächste Generation können die Sozialsysteme nicht fortbestehen. Die Kindererziehung ist für deren Funktionsfähigkeit genauso wichtig wie die aufgrund von Erwerbsarbeit gezahlten Sozialversicherungsbeiträge.
- Personen, die sich in ihrem Leben viel um Kindererziehung gekümmert und deswegen weniger Erwerbsarbeit geleistet haben, erhalten oft niedrige Renten. Und Familien müssen trotz des zusätzlich für das Umlageverfahren erbrachten Beitrags der Kindererziehung in gleicher Weise Sozialversicherungsbeiträge zahlen wie Kinderlose – mit Ausnahme eines minimalen Beitragsunterschieds von 0,25 (ab 2022: 0,35) Prozentpunkten in der Pflegeversicherung. Das stellt eine strukturelle Benachteiligung von Familien dar.
- In seinem Klimaurteil hat das Bundesverfassungsgericht jüngst entschieden, dass die Freiheitschancen zwischen den Generationen verhältnismäßig und gerecht verteilt werden müssen. Das ist in der Sozialversicherung nicht der Fall. Die älteren Generationen leben auf Kosten der jüngeren. Der Fehler liegt im familienbenachteiligenden System.
- Der Familienbund fordert in der gesetzlichen Rentenversicherung eine Rentenreform nach dem Vorbild des Rentenmodells der katholischen Verbände. Das Rentenmodell der katholischen Verbände verhindert wirksam Altersarmut, stärkt die Solidarität der gesetzlichen Rentenversicherung und wahrt zugleich das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit, da weiterhin höhere Beiträge zu höheren Renten führen.
- In der Kranken- und Pflegeversicherung muss die „beitragsfreie“ Mitversicherung erhalten bleiben. Diese Mitversicherung ist trotz ihres Namens nicht beitragsfrei, weil auf das gesamte Familieneinkommen Beiträge erhoben werden. Familien durch eine Abschaffung der Mitversicherung stärker mit Sozialversicherungsbeiträgen zu belasten, wäre das Gegenteil der eigentlich erforderlichen Beitragsentlastung.
- Im Bereich der Pflege müssen pflegende Angehörige besser unterstützt werden – unter anderem durch eine Lohnersatzleistung in Anlehnung an das Elterngeld. Sorgearbeit muss im gesamten Lebensverlauf einen gesellschaftlich hohen Stellenwert erhalten. Private und professionelle Pflege müssen besser finanziert und bestehende Angebote besser vernetzt werden. Familien brauchen flexible und kombinierbare Optionen, um das von ihnen gewünschte Pflegemodell leben zu können.



Familien benötigen Sicherheit – auch in finanzieller Hinsicht. CDU und CSU haben die finanzielle Situation junger Familien bereits spürbar verbessert, indem wir den Kinderfreibetrag und das Kindergeld zum 1. Januar 2021 deutlich erhöht haben. Gleichzeitig wurde der Kinderzuschlag erhöht und Verbesserungen beim Unterhaltsvorschuss und beim Bildungs- und Teilhabepaket erreicht. Wir haben wie oben dargelegt auch deutlich entlastet. Wir streben den vollen Grundfreibetrag für Kinder an und finden damit den Einstieg in ein Kindersplitting.



Wir treten für ein neues Kindergeld an, das nach Einkommen der Familie gestaffelt ist. Damit machen wir das Leben der Familien leichter, die es besonders schwer haben. Der monatliche Basisbetrag dieses neuen Kindergeldes wird bei zirka 250 Euro liegen. Der Höchstbetrag wird sich an den Ausgaben von Familien mit mittleren Einkommen für Bildung und Teilhabe orientieren und mindestens doppelt so hoch sein wie der Basisbetrag. Im Höchstbetrag sind das sächliche Existenzminimum inklusive Wohnkostenpauschale sowie Bildungs- und Teilhabekosten enthalten. Das neue Kindergeld ersetzt so den Kinderfreibetrag und bündelt bisherige Leistungen.

Junge Menschen in Ausbildung sollen durch direkte, elternunabhängige Auszahlung des neuen Kindergeldes finanziell abgesichert werden – mit einem zusätzlichen, auskömmlichen Fördersatz an BAföG obendrauf.

Wir Freie Demokraten wollen ein Kinderchancengeld. Es besteht aus: Grundbetrag, Flexibetrag und nichtmateriellem Chancenpaket. Die Angebote für bessere Chancen, Bildung und Teilhabe werden ausgeweitet und können von Kindern und Jugendlichen selbstständig über ein Kinderchancenportal kinderleicht abgerufen werden. Das Kinderchancengeld ist einfach, digital und ermöglicht echte Aufstiegschancen.

Zudem wollen wir das Elterngeld entbürokratisieren und die Beantragung und Berechnung aller familienpolitischen Leistungen umfassend digitalisieren. Die Beantragung und Berechnung etwa von Elterngeld und anderen Leistungen dauern derzeit zu lange. Die Eltern gehen dabei ein hohes finanzielles Risiko ein. Wir wollen den Eltern den Zugang zu Familienleistungen so einfach und schnell wie möglich machen. Eine vollständig digital arbeitende Verwaltung und Bearbeitung der Anträge stellen eine schnelle Auszahlung sicher.

Ungerechtigkeiten wie beim Insolvenzgeld oder bei Mischeinkünften wollen wir abbauen. Auch das „ElterngeldPlus“ und den Partnerschaftsbonus passen wir der Lebensrealität der Familien an. Den Rechtsanspruch auf „Partnermonate“ beim Elterngeld wollen wir auf drei Monate verlängern. Damit erhöht sich die Bezugsdauer auf maximal 15 Monate. Das gilt auch für Alleinerziehende. Die Mindest- und Maximalbeträge wollen wir erhöhen, auch als Inflationsausgleich. Dadurch wollen wir Anreize für eine ausgewogenere Aufteilung der Familienarbeit zwischen den Elternteilen schaffen.

Niedrige Löhne und Erwerbslosigkeit haben Familien-, Kinder- und Jugendarmut zur Folge. DIE LINKE setzt sich deshalb für die Erhöhung des Mindestlohns auf 13 Euro und die Stärkung von Tarifverträgen ein, damit Eltern nicht überlegen müssen, ob sie mit ihren Kindern ins Schwimmbad gehen oder ihre Kinder eine Einladung zum Kindergeburtstag annehmen können. Wir setzen uns für gebührenfreie öffentliche Kinderbetreuung für Kinder aller Altersgruppen ein. Wir wollen wirkliche Lehr- und Lernmittelfreiheit, kostenfreie Verpflegung in Kita und Schule und kostenfreie Beförderung von Schüler*innen. Damit entlasten wir Familien finanziell und stärken die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern unabhängig vom Einkommen der Eltern. Wir wollen eine eigenständige Kindergrundsicherung für alle Kinder einführen (siehe Frage 2). Die Kindergrundsicherung ist eine Leistung ausschließlich für das Kind. Sie wird weder beim Bezug von Sozialleistungen noch innerhalb des Steuerrechts als Einkommen der Eltern oder anderer Haushaltsangehöriger angerechnet. Wir wollen den Elterngeldanspruch auf 12 Monate pro Elternteil (bzw. 24 Monate für Alleinerziehende) verlängern. Der Elterngeldanspruch gilt individuell und ist nicht auf den anderen Elternteil übertragbar. Er gilt bis zum siebten Lebensjahr des Kindes. Außerdem wollen wir den Mindestbetrag des Elterngelds auf 400 Euro und beim Elterngeld Plus entsprechend auf 200 Euro anheben. Wir sind der Meinung, dass es einer erneuten Reform des Unterhaltsvorschussgesetzes bedarf, um bestehende Einschränkungen beim Unterhaltsvorschuss für Kinder ab 12 Jahren abzuschaffen sowie um sicherzustellen, dass das Kindergeld lediglich zur Hälfte angerechnet wird.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich dafür ein, dass kein Kind in Armut aufwachsen muss. Dafür sorgen wir mit einer einfachen und gerechten Kinder- und Familienförderung: der Kindergrundsicherung. Für getrennt erziehende Eltern im Grundsicherungsbezug wollen wir einen Umgangsmehrbedarf einführen. Darüber hinaus gilt es, familienunterstützende Dienstleistungen zu fördern, z.B. für ergänzende Kinderbetreuung oder haushaltsnahe Dienstleistungen. Alleinerziehende entlasten wir mit einer Steuergutschrift. Mit der KinderZeit Plus und der PflegeZeit Plus sorgen wir für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Vor allem in Care-Berufen setzen wir uns für bessere Arbeitsbedingungen und Löhne ein, denn qualitativ hochwertige Unterstützung braucht ausreichende und motivierte Fachkräfte. Nicht zuletzt wollen wir sicherstellen, dass jedes Kind einen Platz in einer guten und inklusiven KiTa und Ganztagsbetreuung, die den Lebensrealitäten der Familien gerecht wird, bekommen kann.

Freie
Demokraten
FDP

DIE LINKE.



Welche Position hat Ihre Partei auf dem Gebiet der Zeitpolitik für Familien, gerade auch mit Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf?



- Was es braucht, ist eine neue Familienpolitik mit klaren ethischen und zeitpolitischen Prämissen, die dem Menschen den Vorrang vor der Ökonomie einräumt.
- Zukunftsweisende Wege, Familie und Erwerbsarbeit in Einklang zu bringen, liegen in einem planvollen Nacheinander, entschleunigt und lebensphasengerecht. In der Wissenschaft seit Jahren diskutierte Modelle wie das der „Atmenden Lebensläufe“ ermöglichen Eltern Optionszeiten über die gesamte Erwerbsbiografie mit der Möglichkeit, beruflich kürzer zu treten, wann immer das familiär für die Sorge von Kindern oder Angehörigen nötig ist.
- Verabschieden müssen sich die Arbeitgeber von der weit verbreiteten Vorstellung, dass familienbedingte Auszeiten ein Hemmschuh für die berufliche Entwicklung sind, schließlich bringen Eltern Schlüsselqualifikationen wie Effizienz und ausgeprägte Selbstorganisation mit. Frauen und Mütter haben außerdem ein Recht auf gleiches Geld wie arbeitende Männer!
- Verabschieden muss sich schließlich die Politik von ihren arbeitsmarktorientierten Familienbildern: Ein Elterngeldmodell in der Taktung „8 + 8 + 8“ bietet einen Vorgeschmack, wie Zeitpolitik nach der Geburt familienfreundlich und geschlechtergerecht aussehen kann: acht Elternzeitmonate für den Vater, acht für die Mutter und die übrigen acht für die freie Verteilung zwischen den Eltern.
- Verabschieden müsste sich die Politik auch von ihrem Leitbild einer doppelten und maximalen Erwerbstätigkeit von Eltern. Die Politik muss Familien Spielräume eröffnen, ihre Erwerbstätigkeit zugunsten der Familie zu reduzieren und das von ihnen gewünschte Familienmodell zu leben.
- Mehr Zeit für Familien. Das hieße auch, Eltern und Kinder mitsamt ihren grundlegenden und nährenden Bindungen untereinander in den Mittelpunkt zu rücken. Von intakten Partnerschaften und selbstbewussten Kindern würden nicht nur Familien profitieren, sondern die gesamte Gesellschaft. Doch dafür muss die Familienpolitik in Deutschland ihren instrumentellen Charakter abstreifen, ihre Arbeitsmarktorientierung überwinden und die Zeitpolitik entdecken – für alle Familien. Der Mensch im Mittelpunkt. Es ist allerhöchste Zeit!
- Das seit 2007 nicht mehr erhöhte Mindestelterngeld muss auf 450 Euro angehoben werden, damit es wieder das sächliche Existenzminimum eines Kindes abdeckt.



CDU und CSU wollen Familien mehr Zeit geben. Wir benötigen eine familiengerechte Arbeitswelt und keine arbeitsmarktgerechten Familien. Uns ist wichtig, dass Eltern in bestimmten Lebensphasen ihre Arbeitszeit reduzieren und in anderen Zeiten mit ganzer Kraft ihrem Beruf nachgehen können. Dies gilt insbesondere in der „Rushhour des Lebens“, in der zumeist Berufsleben und Familiengründung zusammenfallen. CDU und CSU werden Wahlfreiheit durch mehr Zeitsouveränität über das ganze Berufsleben ermöglichen. Wir wollen das bestehende Instrument der Zeitwertkonten praktikabler gestalten und als Familienzeitkonten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nutzbar machen. Dieses Konzept hat sich bereits bewährt, weshalb wir seine Verbreitung weiter fördern wollen. Eltern sollen angesparte Zeiten einsetzen können, um in der Familienphase ohne finanzielle Nachteile weniger zu arbeiten. Auch staatliche Fördermittel sollen auf Familienzeitkonten gebucht werden können. Darüber hinaus wollen wir Familienleistungen maximal vereinfachen, damit Familien ihre kostbare und oft knappe Zeit miteinander verbringen können – und nicht mit unnötiger Bürokratie. Darüber hinaus bekennen wir uns klar zum Schutz der christlichen Feiertage ebenso wie zur Sonntagsruhe.



Wir treten dafür an, dass Familien mehr Zeit füreinander haben, und dass es einfacher wird, Erwerbs- und Sorgearbeit gerechter zwischen allen Geschlechtern aufzuteilen.

Wir wollen daher ein Vier-Säulen-Modell für mehr Familienzeit einführen: Erstens zwei Wochen Elternschaftszeit direkt nach Geburt eines Kindes, auf die jeder Vater bzw. der/die Partner*in kurzfristig und sozial abgesichert Anspruch hat. Zweitens eine Familienarbeitszeit, die aus dem derzeitigen Partnerschaftsbonus beim ElterngeldPlus eine flexible, geförderte Elternteilzeit nach dem ersten Lebensjahr eines Kindes macht. Wenn in Paarfamilien beide Elternteile gleichzeitig oder Alleinerziehende ihre Arbeitszeit reduzieren, sollen sie je 10 Monate ElterngeldPlus erhalten – mindestens 200 und höchstens 900 Euro. Drittens die dauerhafte Ausweitung der pandemiebedingt erhöhten Kinderkrankentage auf 20 Tage pro Kind, Jahr und Elternteil. Und viertens eine Familienpflegezeit mit einem Teillohnersatz für bis zu 15 Monate.

Wir Freie Demokraten wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. Dazu wollen wir Betriebskindergärten auch steuerlich fördern, den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung auch in der Praxis und perspektivisch ab dem Ende des Mutterschutzes garantieren und die Betreuungszeiten flexibilisieren. Mitgliedern in Vorständen, Aufsichtsräten und anderen Führungskräften wollen wir eine zeitlich begrenzte Auszeit ermöglichen. In Fällen wie Geburt, Elternzeit, Pflege Angehöriger oder bei eigener schwerer Erkrankung soll es möglich sein, das Mandat für einen begrenzten Zeitraum ruhen zu lassen, ohne es niederzulegen. Zudem wollen wir bessere Voraussetzungen für die Vereinbarung von Weiterbildung und Familie schaffen. Familienfreundliche Weiterbildungen steigern die Karrierechancen insbesondere für Frauen. Durch eine bessere Kinderbetreuung an Hochschulen und die Möglichkeit für Väter und Mütter, ihre Lehrverpflichtungen beziehungsweise Forschungszeiten selbstbestimmter festzulegen, möchten wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit Blick auf Wissenschaftskarrieren verbessern.

Außerdem wollen wir die Einführung eines „Partnerschutzes“ analog zum „Mutterschutz“: Um dem erhöhten Regenerationsbedarf von Müttern nach der Geburt Rechnung tragen und die gemeinsame Verantwortung für Familie und Kind zu stärken, soll nach der Geburt eines Kindes der andere Elternteil zehn Arbeitstage in Partnerschutz gehen dürfen, auch halbtätig. Dann besteht dafür die doppelte Zeitdauer. Alleinerziehende haben das Recht, eine andere Person für den Partnerschutz zu benennen (zum Beispiel Familienangehörige), die die Alleinerziehenden in dieser Zeit unterstützt.

Es ist ein Irrweg, dass statt dem früheren Alleinernährermodell nun beide Elternteile 40 Stunden pro Woche arbeiten sollen. So fehlt die Zeit für Familie, für Sorgearbeit, für gemeinsames Essen und gemeinsame Erlebnisse. DIE LINKE setzt sich deshalb für ein Neues Normalarbeitsverhältnis von um die 30 Stunden pro Woche für alle ein. Dabei soll es einen vollen Lohnausgleich und den nötigen Personalausgleich geben. Statt Dauerstress und Überstunden für die einen und Ausschluss von Erwerbsarbeit oder unfreiwilliger Teilzeit für die anderen kann mit einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit die Lebensqualität für alle steigen. So bleibt allen – auch den Vätern – mehr Zeit für ihre Familie. DIE LINKE will zudem einen Rechtsanspruch auf familiengerechte Arbeitszeiten für alle schaffen, die Verantwortung in Erziehung und Pflege übernehmen. Das Recht auf vorübergehende Arbeitszeitverkürzung wollen wir auf alle Beschäftigten ausweiten. Wir fordern die Einführung eines zusätzlichen Elternschutzes von zehn Tagen bezahlter Freistellung für den zweiten Elternteil nach der Geburt des Kindes. Und wir brauchen eine dauerhafte Erhöhung der Kinderkrankentage.

Wir GRÜNE wollen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sorgen. Alle Eltern sollen Elternzeit unkompliziert bis zum 14. Geburtstag des Kindes in Anspruch nehmen können. Mit der KinderZeit Plus wollen wir das Elterngeld auf 24 Monate ausweiten: pro Elternteil je acht Monate, weitere acht Monate können flexibel untereinander aufgeteilt werden. Wir wollen den Anspruch auf Kinderkrankengeld erhöhen. Wir unterstützen Eltern dabei, Familie und Arbeit mit einer neuen Arbeitszeitkultur und einem flexiblen Vollzeitkorridor in eine ausgewogene Balance zu bringen. Jemanden zu pflegen verdient unsere Anerkennung. Deshalb wollen wir Menschen, die Verantwortung für Angehörige, Nachbar*innen oder Freund*innen übernehmen, mit der PflegeZeit Plus besonders unterstützen. Wir ermöglichen damit allen Erwerbstätigen eine Lohnersatzleistung bei dreimonatigem Vollausstieg und dreijährigem Teilausstieg, die pflegebedingte Arbeitszeitreduzierungen finanziell abfedert.

**Freie
Demokraten**
FDP

DIE LINKE.



Welche Position hat Ihre Partei mit Blick auf Familien bei der Bewältigung der Corona-Pandemie?



- Die Corona-Pandemie hat Familien besonders hart getroffen. Die monatelange Parallelisierung von Kinderbetreuung, Homeschooling, Homeoffice, Kochen und Haushalt haben viele Familien an den Rand der Belastungsgrenze gebracht.
- Für die Politik heißt das: ein besonderes familien- und bildungspolitisches Augenmaß. Die Politik ist eindringlich aufgerufen, alles zu unternehmen, um einen neuerlichen familien-, betreuungs- und bildungspolitischen Lockdown zu Lasten von Familien zu verhindern, die Arbeitsplätze von Eltern zu erhalten, Lohninbußen durch Kurzarbeit zu kompensieren, den finanziellen Mehraufwand zu entschädigen und zusätzliche zeitliche Freiräume zu ermöglichen.
- Kinder und Jugendliche haben auch in Zeiten einer Pandemie das Recht, ihrem Alter gemäß geistig und körperlich gefördert zu werden.
- Die Politik muss ihrer Verantwortung für Familien gerecht werden. Dafür braucht es einen nationalen Familiengipfel. Klar ist schon heute: Investitionen in Eltern und Familien lohnen sich immer, nicht nur aus gesellschaftspolitischer, sondern auch aus ökonomischer Sicht: Mit im Verhältnis überschaubaren Finanzmitteln tragen Familien wesentlich dazu bei, das Schwungrad der Gesellschaft langfristig am Laufen zu halten.



Die Corona-Pandemie hat vor allem jungen Familien enorm viel abverlangt. Über Monate konnten Kinder und Jugendliche kaum und nur im Wechselunterricht die Schule besuchen. Eltern mussten gleichzeitig Kinder betreuen, beim digitalen Lernen unterstützen und ihre Arbeit von zu Hause erledigen. Damit niemand zurückbleibt, haben CDU und CSU ein Unterstützungsprogramm für die Jahre 2021 und 2022 in Höhe von einer Milliarde Euro aufgelegt. Es gilt, sowohl die Lese- und Sprachkompetenz als auch die Lesefreude von Kindern und Jugendlichen zu stärken. Gemeinsam mit den Ländern und den Hochschulen rufen wir Lehramtsstudierende, Seniorlehrkräfte, Anbieter von Nachhilfeleistungen und Volkshochschulkräfte auf, schulbegleitend sowie während der Ferien die Kinder und Jugendlichen zielgenau beim Aufholen zu unterstützen. Mit einer weiteren Milliarde Euro helfen wir Kindern und Jugendlichen, die sozialen und psychischen Folgen der Corona-Pandemie zu bewältigen. Die Mittel investieren wir in frühe Bildung, Ferienfreizeiten, Familienerholung und zusätzliche Sozialarbeit. Hinzu kommt eine Einmalzahlung in Höhe von 100 Euro für Kinder aus Familien, die auf Hartz IV angewiesen sind oder nur ein geringes Einkommen haben.



Die harten Corona-Monate haben Kindern, Jugendlichen und Familien viel zugemutet. Jetzt sind sie an der Reihe. Wir müssen alle Kraft einsetzen, um ihnen eine gute Perspektive, Gelassenheit und Zuversicht zu eröffnen. Wir haben das Programm „Aufholen nach Corona“ auf den Weg gebracht – ein 2-Milliarden-Paket für Bildung und soziales Lernen. Davon stellen wir den Bundesländern insgesamt eine Milliarde Euro für Förderunterricht in- und außerhalb von Schule zur Verfügung.

Eine weitere Milliarde Euro steht verschiedene Programme im Bereich der frühkindlichen Bildung, Freizeit und Erholung zur Verfügung – unter anderem vergünstigte Urlaube in Familienferienstätten, Kinder- und Jugendfreizeiten, Mehrgenerationenhäuser und Freiwilliges Engagement. Damit wollen wir dem sozialen Lernen von Kindern und Jugendlichen und dem gemeinsamen Auftanken von Familien einen genau so starken Schub geben wie dem Nachholen des Lernstoffes.

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie betreffen das Leben von Familien, Kindern und Jugendlichen auf besondere Weise. Damit überlastete Familien nicht zum größten Kollateralschaden dieser Pandemie werden, müssen wir sie gezielt unterstützen. Hierzu brachte die Fraktion der Freien Demokraten mehrere familienpolitische Anträge ein, in denen sie u.a. die Ausweitung der Kinderkrankentage, die Verlängerung des Elterngelds und die Digitalisierung der Familienleistungen fordert:

- Allen Familien helfen – Zusätzliche Kinderkrankentage unabhängig vom Versicherungsstatus (BT-Drs.-19/26527)
- Elterngeldverlängerung als Überbrückungshilfe für Familien ermöglichen (BT-Drs.-19/26192)
- Familienpolitik krisensicher und verlässlich gestalten (BT-Drs.-19/21589)

Die Corona-Pandemie hat uns vor Augen geführt, dass die finanziellen Mittel für WLAN und Hardware allein nicht ausreichend sind, um im Notfall digitalen Unterricht von zu Hause aus zu ermöglichen. Die Schule muss digital gestütztes Lernen in Präsenz genauso anbieten wie Lernen auf Distanz. Deshalb fordern wir einen Digitalpakt 2.0, der die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten der Kooperation von Bund und Ländern im Bildungsbereich vollständig nutzt.

Wir setzen uns auch dafür ein, dass in Bildungseinrichtungen zusätzliches psychologisches und pädagogisches Personal digital und physisch sowie während und nach der Corona-Pandemie zur Verfügung steht, um negative Folgen der Corona-Krise zu erkennen und professionell aufzuarbeiten. Hierzu hat die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag eine Initiative eingebracht: Hilfeplan für die physische und psychische Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen (BT-Drs.-19).

Während der Corona-Pandemie wurden Familien und ihre Probleme lange von der Bundesregierung ignoriert. Durch Kita- und Schulschließungen sind Eltern vor die enorme Herausforderung gestellt worden, neben ihrer Erwerbsarbeit, die Betreuung und Bildung der Kinder sicherzustellen. Diese Mehrfachbelastung setzt bis heute vielen Familien zu. Statt effektive Hilfen für Familien zu organisieren, wie z.B. die Möglichkeit der Arbeitszeitreduzierung mit Hilfe eines Corona-Elterngeldes, hat die Bundesregierung ihre Hilfsleistungen so verkompliziert und an zahlreiche Bedingungen geknüpft, die ständig geändert wurden, dass viele Eltern keinen Anspruch haben oder die entsprechenden Leistungen nicht kennen. Durch die Corona-Pandemie hat sich die Lage vieler Familien und Menschen mit geringem Einkommen weiter verschärft. Jeder fünfte Mensch mit geringem Einkommen ist aufgrund der Krise von finanziellen Schwierigkeiten oder Risiken betroffen. Unter den Alleinerziehenden ist es sogar jede Vierte. Vor allem Frauen haben während der Pandemie einen Großteil der Sorgearbeit übernommen und ihre Erwerbstätigkeit eingeschränkt. Die Corona-Pandemie hat die soziale Situation vieler Menschen und Familien verschlechtert. Deshalb fordern wir eine Politik, die gute Arbeit fördert, einen armutsfesten Mindestlohn einführt und den Sozialstaat stärkt. Dazu ist es dringend notwendig, eine Kindergrundsicherung zu schaffen, die alle Kinder wirksam vor Armut schützt. DIE LINKE hat seit Beginn der Pandemie ein Corona-Elterngeld gefordert, dass es beiden Elternteilen ermöglichen sollte, ihre Arbeitszeit zu reduzieren ohne finanzielle Einbußen zu haben. Auch haben wir uns für eine Erhöhung des Kurzarbeitergeldes ausgesprochen.

Kinder und Jugendliche haben in der Pandemie besondere Verzichtsleistungen erbracht – die Einschränkung von Kontakten trifft sie in ihren Entwicklungsmöglichkeiten härter als Erwachsene. Wir sind es ihnen schuldig, sie endlich in den Mittelpunkt von Politik zu stellen. Nachholen von versäumtem Unterrichtsstoff allein reicht nicht aus. Das Nachhilfeprogramm der Bundesregierung wollen wir zu einem langfristigen Bildungsschutzschirm ausbauen. Es müssen die psychischen Folgen der Krise stärker in den Blick genommen werden. Viele Kinder brauchen eine helfende Hand und ein offenes Ohr, um den Weg in ihr normales Leben zurück zu finden. Dafür wollen wir in zusätzliche Schulsozialarbeiter*innen und Psycholog*innen an Schulen investieren, mehr Therapieangebote schaffen und Einzelfallhilfe für Familien ausbauen. Die Pandemie hat viele Familien alle Kraft- und Energiereserven gekostet. Jetzt müssen Familienberatungsstellen, Krisendienste und Nothilfhotlines gestärkt und ausgebaut werden.

Freie
Demokraten
FDP

DIE LINKE.



RECHTSECKE

LEIBLICHER VATER HAT ANSPRUCH AUF UMGANGSRECHT

Ein leiblicher Vater hat nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH) auch dann grundsätzlich Anspruch auf ein Umgangsrecht mit seinem Kind, wenn er es zur Adoption freigegeben hat. Nach dem am 19.7.2021 veröffentlichten Beschluss des für Familienfragen zuständigen Zwölften Zivilsenats muss nun ein Gericht prüfen, ob im konkreten Fall der Umgang dem Kindeswohl dient. Dabei muss auch das inzwischen siebenjährige Kind angehört werden.

Im konkreten Fall hatte der Vater eingewilligt, dass das Kind von der eingetragenen Lebenspartnerin der Mutter adoptiert wurde. Das Kind wurde mit einer sogenannten privaten Samenspende gezeugt. Der Mann hatte zunächst Umgangskontakte mit dem Kind, das von der leiblichen Vaterschaft des Mannes wusste. Als der Mann die Kontakte intensivieren wollte, brachen die Frauen den Kontakt ab.

Der BGH entschied, dass der Mann in die Adoption eingewilligt habe, stehe dem Umgangsrecht nicht entgegen. Ob und in welchem Umfang der Umgang geregelt wird, soll vornehmlich daran orientiert sein, ob der leibliche Vater "ein ernsthaftes Interesse am Kind gezeigt hat und inwiefern der Umgang dem Kindeswohl dient". Der leibliche Vater habe indes das Erziehungsrecht der rechtlichen Eltern zu respektieren.

GESETZLICHER MINDESTLOHN FÜR ENTSANDTE AUSLÄNDISCHE BETREUUNGSKRÄFTE IN PRIVATHAUSHALTEN

Nach Deutschland in einen Privathaushalt entsandte ausländische Betreuungskräfte haben nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) Anspruch auf den gesetzlichen Mindestlohn für geleistete Arbeitsstunden. Dazu gehört auch Bereitschaftsdienst. Ein solcher kann darin bestehen, dass die Betreuungskraft im Haushalt der zu betreuenden Person wohnen muss und grundsätzlich verpflichtet ist, zu allen Tag- und Nachtstunden bei Bedarf Arbeit zu leisten. Im konkreten Fall hat die Klägerin geltend gemacht, rund um die Uhr gearbeitet zu haben oder in Bereitschaft gewesen zu sein. Das BAG hat am 24.6.2021 den Fall zur Ermittlung der Stundenzahl an die Vorinstanz zurückverwiesen (5 AZR 505/20).

MINISTERIUM: CORONA-„AUFHOLPROGRAMM“ WIRD SCHNELL UMGESETZT

Das sogenannte Corona-Aufholprogramm für Kinder und Jugendliche soll nach dem Willen des Bundesfamilienministeriums schnell wirken. Die konkrete Umsetzung beginne jetzt, erste Angebote starteten im Sommer, sagte Staatssekretärin Juliane Seifert am 14.6.2021 in Berlin. Das Aktionsprogramm soll bis Ende 2022 laufen. Der Bundestag hatte dafür nötige Gesetzesänderungen beschlossen, unter anderem einen Kinderfreizeitbonus von 100 Euro für Kinder, deren Familienleistungen aus der Grundsicherung erhalten. Das Aufholprogramm der Bundesregierung umfasst zwei Milliarden Euro. Eine Hälfte ist für das Verringern von Lernrückständen vorgesehen, die andere Hälfte geht in den außerschulischen Bereich. Seifert brachte diesen Teil auf die Formel „Freunde, Freude und Förderung“. Kinder und Jugendliche sollten nicht das Gefühl haben, dass es nur darum gehe, so schnell wie möglich Lernrückstände aufzuholen, sagte die Staatssekretärin. Vielmehr sollten sie so leben können, wie es ihnen entspreche.

Mit der Milliarde aus dem Bereich des Familienministeriums sollen etwa "Sprach-Kitas" zur gezielten Sprachförderung weiter unterstützt werden. Mit 100 Millionen Euro fördert der Bund 1.000 zusätzliche Fachkräfte für sprachliche Bildung, die bereits zum Start des neuen Kitajahres nach dem Sommer da sein sollen. 50 Millionen Euro sind für Angebote für belastete Familien mit kleinen Kindern eingeplant. Weitere zusätzliche Angebote werden im Sport, in Musik und Kunst sowie bei Pfadfindern oder Jugendbildungsstätten gefördert. Auch für Ferienfreizeiten, Mehrgenerationenhäuser, Sozialarbeit und Freiwilligendienste stehen zusätzliche Mittel zur Verfügung. Kritik, dass für das ganze Paket – auch im Vergleich zu anderen Bereichen wie Unternehmenshilfen – zu wenig Geld ausgegeben werde, wies Seifert zurück. Man müsse auch immer im Blick behalten, ob überhaupt genügend Fachkräfte da seien, um zusätzliche Angebote umzusetzen. Vor allem die Bundesländer schulterten zudem das Gros der Aufgaben. Daher müsste man noch aufaddieren, was die Länder täten, meinte die Staatssekretärin.

KINDERFREIZEITBONUS MUSS ZUM TEIL BEANTRAGT WERDEN

Der vom Bundestag kürzlich beschlossene Kinderfreizeitbonus für bedürftige Familien wird nicht in jedem Fall antragsfrei bezahlt. Darauf hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) am 22.6.2021 in Nürnberg aufmerksam gemacht. Lediglich Beziehende des Kinderzuschlags erhielten automatisch die Einmalzahlung in Höhe von 100 Euro pro Kind im August. Eltern, die nur Wohngeld und Hilfen zum Lebensunterhalt bezögen, müssten ein kurzes Formular ausfüllen, damit der Bonus zeitnah ausgezahlt werden könne. Das Formular findet sich laut BA ab Anfang Juli unter www.familienkasse.de. Dort gebe es auch eine Sonderseite mit laufend aktualisierten Informationen. Nachweise zur Wohngeld- oder Sozialhilfebewilligung für August könnten per Post an die regionale Familienkasse gesendet werden. Ebenfalls ohne Antrag ausgezahlt werde der Einmalbetrag an Leistungsempfänger in den Bereichen SGB II, Asylbewerberleistungsgesetz und Ergänzender Hilfe zum Lebensunterhalt im Sozialen Entschädigungsrecht nach dem Bundesversorgungsgesetz, heißt es in der Mitteilung.

CARITAS-CHEF FÜR EINFÜHRUNG EINER KINDERGRUNDSICHERUNG

Caritas-Präsident Peter Neher hat die Einführung einer Kindergrundsicherung gefordert. Es brauche eine eigenständige Absicherung, um Kinder vor Armut zu bewahren, erklärte Neher in einem am 2.8.2021 verbreiteten Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Das müsse die nächste Bundesregierung in Angriff nehmen. „Ich kann es selbst kaum ertragen, dass Politiker regelmäßig vor die Kamera treten und betonen, wie schlimm sie Kinderarmut finden, sich aber nichts Grundlegendes ändert.“ Die Corona-Krise habe gezeigt, wie sehr Bildung von der sozialen Herkunft abhängt. „Dieses Thema treibt mich seit Jahren um“, so Neher. Es sei etwas grundlegend anderes, ob Kinder digitale Endgeräte und ein eigenes Zimmer hätten oder ob sie sich einen Laptop mit ihren Geschwistern am Küchentisch teilen müssten. Familien mit kleinem Einkommen müssten deshalb bei der Finanzierung digitaler Endgeräte unterstützt werden. Zudem müsse

der soziale Wohnungsbau weiter angekurbelt werden. „Was bislang geschehen ist, reicht bei weitem nicht“, betonte der Caritas-Präsident.

Zudem müssten die Kinder- und Jugendhilfe sowie die Beratungsstellen ausgebaut werden. Kinder und Jugendliche seien durch die Pandemie psychisch besonders belastet. Darauf ließen auch die Zahlen der Neuanmeldungen für Beratungen bei der Caritas schließen. Sie seien in den vergangenen Monaten wieder rapide angestiegen. Besonders sei dies bei der Suizidpräventionsberatung für Jugendliche erkennbar. „Das lässt auf eine große seelische Not der jungen Menschen schließen“, sagte der Caritas-Präsident.

EXPERTEN FORDERN MEHR UNTERSTÜTZUNG FÜR KINDER IN CORONA-KRISE

Wissenschaftler sprechen sich angesichts der Corona-Pandemie für bessere Unterstützungsstrukturen für Kinder und Jugendliche aus. Die Pandemie habe vielfältige Auswirkungen auf deren Bildung, soziale Interaktion, sozioemotionale Entwicklung, körperliche Aktivität sowie auf das psychische Wohlbefinden, erklärte die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina am 21.6.2021 in Halle. „Viele Betroffene werden in der Lage sein, die Auswirkungen zu überwinden. Manche dagegen werden mittel- und wahrscheinlich auch langfristig von den erlittenen Defiziten begleitet“, heißt es in der Stellungnahme. So sei es vor allem wichtig, den Präsenzbetrieb in Bildungseinrichtungen unter Einhaltung geeigneter Schutzmaßnahmen wieder durchgängig zu ermöglichen. Dies sei nahezu für alle Kita- und Schulkinder die effektivste Art des Lernens. Gleichzeitig solle die digitale Infrastruktur der Bildungseinrichtungen schneller ausgebaut werden. Mit Blick auf Förder- und Lernangebote empfiehlt die Stellungnahme nachhaltige Sprachförderung zum Erlernen der deutschen Sprache etwa durch standardisierte frühe Sprachdiagnostik. In Grundschulen solle die Stundentafel angepasst werden, um vorrangig die Rückstände in den Kernfächern Deutsch und Mathematik aufzuholen. Wichtig seien auch zusätzliche Förderinstrumente für Schüler mit schwächeren Schulleistungen in der Primar- und Sekundarstufe. Um Gesundheit und motorische Entwicklung besser als bisher zu fördern, empfehlen die Experten zudem den Ausbau einer bewegungsfördernden Infrastruktur für Kinder und Jugendliche. Dazu gehörten idealerweise tägliche Bewegungsangebote in Kitas und Schulen und Programme zur Förderung eines gesunden Lebensstils hinsichtlich Ernährung, Schlaf und körperlicher Aktivität.

Auch sollten Fachkräfte in Kitas und Lehrkräfte in Schulen für psychische Probleme von Kindern und Jugendlichen durch Fortbildungen und den Ausbau der Schulsozialarbeit sensibilisiert werden. Zudem müsse die Wartezeit auf einen Therapieplatz verkürzt werden, empfehlen die Wissenschaftler.

VATIKAN WILL WELTWEITEN KATHOLISCHEN FAMILIENPAKT ENTWERFEN

Der Vatikan will einen weltweiten katholischen Familienpakt („Catholic Global Compact on the Family“) auf den Weg bringen. Anlass für das Vorhaben ist laut einer Mitteilung am 6.8.2021 das von Papst Franziskus ausgerufene „Amoris-laetitia-Familienjahr“.

Zu diesem Zweck soll ein internationales Aktionsprogramm entworfen werden, um den Wert der Familie im Lichte der katholischen Soziallehre neu hervorzuheben. An den Vorbereitungsarbeiten sind den Angaben zufolge katholische Universitäten in aller Welt beteiligt. Ihre Aufgabe ist es, die für das Projekt notwendigen Informationen zusammenzutragen. Die Vorstellung der Ergebnisse ist für das nächste Jahr geplant.

Das „Amoris-laetitia-Jahr“ wird federführend vom vatikanischen Familienkammerium organisiert. Vorgesehen ist eine ganze Reihe von Veranstaltungen und Projekten. Sie sollen neue Impulse zur Umsetzung des 2016 von Franziskus veröffentlichten Schreibens zu Ehe und Familie geben. Die Aktion endet beim Weltfamilientreffen mit dem Papst im Juni 2022 in Rom.

RÜCKBLICK

SCHWANGERE UND MÜTTER IM BERUF IMMER NOCH BENACHTEILIGT

Schwangere und Mütter werden laut einer aktuellen Studie im Berufsleben immer noch benachteiligt. Laut der noch unveröffentlichten 2. Frankfurter Karrierestudie, die der "Welt am Sonntag" vom 1.8.2021 vorliegt, reagierte bei 18 Prozent der Befragten die Führungskraft negativ, als die Frauen von ihrer Schwangerschaft berichteten. Bei 67 Prozent derjenigen, bei denen ein Karrieresprung anstand, wurde dieser demnach auf Eis gelegt oder gestrichen. Auch bei anstehenden Gehaltserhöhungen waren diese in 38 Prozent der Fälle geringer als geplant oder fielen ganz aus. Für die Studie befragten die Forscherinnen der Fachhochschule Frankfurt UAS rund 2.000 Mütter, die erwerbstätig sind oder waren. Im Vergleich zur Vorgängerstudie seien für die jüngeren Frauen, die erst in den sieben Jahren vor Befragung Mutter wurden, zwar leichte Verbesserungen erkennbar, erklärte Yvonne Ziegler, Professorin für Betriebswirtschaft an der FH Frankfurt UAS. Aber: „Mütterdiskriminierung ist in den Unternehmen immer noch verbreitet“, sagte Ziegler der Zeitung.

STÄRKERE BETEILIGUNG DES BUNDES BEI KITA-AUSBAU GEFORDERT

Laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) gibt es beim Kita-Ausbau weiteren Handlungsbedarf. So müssten weitere Plätze geschaffen und einheitliche Qualitätsstandards festgelegt werden, forderte das Institut am 16.7.2021 in Berlin. Es hat einen Zehn-Punkte Programm für die Kita-Politik der nächsten Bundesregierung vorgelegt. Der Handlungsbedarf bestehe nicht nur, aber auch vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie, heißt es weiter. Sie habe noch einmal unterstrichen, wie systemrelevant Kitas sind – "gleichermaßen als Betreuungs- und als zentrale Bildungseinrichtungen". Obwohl für die Kindertagesbetreuung in erster Linie Länder und Kommunen zuständig sind, habe sich der Bund in den vergangenen Jahren mit dem sogenannten Gute-Kita-Gesetz engagiert. Künftig solle er dies noch stärker tun, so das DIW. Denn trotz vieler Anstrengungen gebe es nach wie vor keine ausreichende Zahl von Plätzen für Kinder, die unter drei Jahre alt sind.

Folgen Sie dem Präsidenten des Familienbundes der Katholiken auf Twitter [@praesidentfdk](https://twitter.com/praesidentfdk) – Ihr direkter Draht zu unseren familien-, sozialpolitischen und kirchlichen Themen!

Fragen an: Christian Rechholz

1. Was ist für Sie das vollkommene irdische Glück?

Ob man sich glücklich fühlt, ist vor allem auch eine persönliche Einstellung. Und ich kann mich häufig auch an kleinen Dingen erfreuen. Das ansteckende Lachen eines Kindes beispielsweise, macht einen selbst glücklich und zeigt einem, wie wenig es zum Glückhsein oft braucht.

2. Wer hat Sie geprägt?

Meine Familie inklusive der kirchlichen Bindung. Ganz stark meine Schulzeit auf einem Humanistischem Gymnasium, mit tollen Lehrern und einer familiären und menschlichen Atmosphäre.

3. Als Kind wollte ich immer...

... sehr vieles, ich war, glaube ich, sehr wissbegierig.

4. Auf welche Erfahrung in Ihrem Leben möchten Sie nicht verzichten?

Das wären zu viele zum Aufzählen, viele Erfahrungen, auch negative, versteht man oft erst im Nachhinein. „Das Leben wird vorwärts gelebt und rückwärts verstanden.“

5. Wozu können Sie nicht nein sagen?

Zu mancher Musik, zu Meer und Bergen, zu geselligen Treffen mit Freunden und leider auch oft zu süßen Naschereien.

6. Eine der besten Erfindungen ist ...

Die Freundschaft.

7. Ihre liebste Bibelstelle?

Auch hier gäbe es mehrere: Zum Beispiel „Alles hat seine Zeit“ oder auch „wenn Ihr nicht werdet, wie die Kinder...“

8. Wie und wo möchten Sie Ihren Lebensabend verbringen?

Dazu habe ich keine Pläne.

9. Was ist für Sie „zu Hause“?

Natürlich in gewisser Weise meine Stadt, meine Wohnung. Ich verreise gern und kehre noch lieber heim. Heimat ist, so habe ich gelernt, aber kein Begriff, der im Singular steht. Man kann viele Heimaten haben bzw. sich in verschiedenen Orten oder im Kreis verschiedener Menschen zuhause fühlen.

10. Wenn Sie Bundeskanzler wären, was würden Sie als erstes tun?

Eine versöhnliche Rede halten.

11. Bitte vervollständigen Sie den Satz: „Familie bedeutet für mich...“

... Heimat, Halt, Vertrauen, Verlässlichkeit, Verbundenheit und Liebe.“

Vielen Dank!



Christian Rechholz
Bundesvorsitzender der
Ökologisch-Demokratischen
Partei (ÖDP).

www.oedp.de